

Integrationskonzept für die Stadt Salzburg

Abschlussbericht

Innsbruck, Jänner 2006

AutorInnen

Mitglieder der Arbeitsgruppen zum Integrationskonzept

Redaktion

Dr. Martin Maier (Hafelekar)
Mag. Paul Schober (Hafelekar)
Dr. Gerhard Hetfleisch (ZeMiT)

Mitarbeit

Mag^a. Elisabeth Wille (Hafelekar)
Werner Sturm (Hafelekar)
Christoph Mandl (ZeMiT)
Mag. Ulrich Siber (ZeMiT)
Mag^a Vesna Cekic (ZeMiT)

Innsbruck, Jänner 2005

Inhalt

Vorbemerkungen	5
1. Einleitung	6
2. Zentrale Aussagen – Empfehlungen zur Beschlussfassung	7
3. Weitere Anregungen aus den Arbeitsgruppen	13
4. Übersicht zur Konzepterstellung	14
5. Integration – eine Begriffsbestimmung	17
5.1. <i>Thesen zur Integration</i>	18
6. Basisdaten zur Ausgangslage	19
6.1. <i>Demografische Daten der Gemeinde Salzburg</i>	19
6.1.1. Gesamtbevölkerung nach Geschlechterverhältnissen.....	19
6.1.2. Wohnbevölkerung nach Staatsbürgerschaft.....	20
6.1.3. Herkunft der Wohnbevölkerung nach Geburtsland.....	23
6.1.4. Wohnbevölkerung nach Umgangssprache.....	25
6.1.5. Wohnbevölkerung nach Religion.....	27
6.2. <i>Arbeitsmarktdaten der Stadt Salzburg</i>	28
6.2.1. Beschäftigung von MigrantInnen und InländerInnen im Branchenvergleich.....	29
6.2.2. Vorgemerkte Arbeitssuchende in der Stadt Salzburg.....	30
6.2.3. Vormerkdauer der Arbeitssuchenden in der Stadt Salzburg.....	31
6.3. <i>Schulstatistische Daten</i>	32
6.3.1. SchülerInnenzahlen an Salzburger Volksschulen nach Muttersprache.....	32
6.3.2. SchülerInnenzahlen an Salzburger Hauptschulen nach Muttersprache.....	34
6.4. <i>statistische Daten der städtischen Kindergärten</i>	35
6.4.1. Übersicht der Städtischen Kindergärten nach Muttersprache.....	35
6.4.2. prozentuelle Verteilung der Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache in Salzburgs Städtischen Kindergärten.....	37
7. Handlungsfelder für ein Integrationskonzept	38
7.1. <i>Arbeit und Wirtschaft</i>	38
7.2. <i>Partizipation, Politik und Verwaltung</i>	38
7.3. <i>Bildung, Schule, Erziehung, Kindergarten</i>	39
7.4. <i>Jugend, Wohnen, Freizeit, Kultur Sport</i>	39
7.5. <i>Soziale Sicherung, Gesundheit, Pflege, Vorsorge</i>	39
7.6. <i>Querschnittsthemen</i>	40
7.6.1. Partizipation.....	40
7.6.2. Gender Mainstreaming und die Rolle der Frau.....	40
7.6.3. Die Rolle der Medien.....	40
8. Ergebnisse der Arbeitsgruppen	41
8.1. <i>Handlungsfeld Arbeit und Wirtschaft</i>	41
8.1.1. Ist Situation.....	41
8.1.2. Ziele – Maßnahmenvorschläge.....	42
8.2. <i>Handlungsfeld Partizipation, Politik, Verwaltung</i>	44
8.2.1. Ist Situation.....	44
8.2.2. Ziele – Aufgaben / Strukturen / Maßnahmenvorschläge.....	45

8.3.	<i>Handlungsfeld Bildung, Schule, Erziehung, Kindergarten</i>	46
8.3.1.	Ist Situation	46
8.3.2.	Ziele – Maßnahmenvorschläge	47
8.4.	<i>Handlungsfeld Jugend, Wohnen, Freizeit, Kultur, Sport</i>	48
8.4.1.	Ist Situation	48
8.4.2.	Ziele – Maßnahmenvorschläge	49
8.5.	<i>Handlungsfeld soziale Sicherung, Gesundheit, Pflege, Vorsorge</i>	50
8.5.1.	Ist Situation	50
8.5.2.	Ziele – Maßnahmenvorschläge	51
9.	Inhalt des Dokumentationsbandes	55

Vorbemerkungen

Die Stadt Salzburg hat sich zum Ziel gesetzt, die Integration von MigrantInnen bestmöglich zu gestalten. Da Integration ein umfassender und gesamtgesellschaftlicher Prozess ist, der mit vielen Erwartungen, Ängsten aber auch Chancen verbunden ist, war es wichtig alle Bereiche integrativer Prozesse einzubeziehen. Dies betrifft insbesondere die Berücksichtigung aller relevanten gesellschaftlichen Teilgruppen.

Im Rahmen der Konzepterstellung nahmen Arbeitsgruppen eine zentrale Rolle ein. Ihre Aufgabe war es, die wesentlichen Problem- und Handlungsbereiche zu ermitteln und darauf aufbauend konkrete integrationsfördernde Maßnahmen, Angebote und Aktivitäten zu erarbeiten.

Wir danken an dieser Stelle allen TeilnehmerInnen, ExpertInnen und InteressentInnen, die ihre Erfahrung, ihr Wissen und ihre Zeit im Rahmen der zahlreichen Workshops und Sitzungen unentgeltlich zur Verfügung gestellt haben. Ohne deren Beteiligung wäre die Erstellung des vorliegenden Konzeptes nicht möglich gewesen.

Eine weitere entscheidende Voraussetzung für das Gelingen des Projekts war die Unterstützung durch das Bürgermeisterbüro der Stadt Salzburg. Wir bedanken uns an dieser Stelle dafür sehr herzlich. Das Engagement der Stadtgemeinde ist ein guter Indikator dafür, dass das Konzept und die vorgeschlagenen Maßnahmen auch eine nachhaltige Absicherung finden werden.

Über Vermittlung des Bürgermeisterbüros wurden zahlreiche Kontakte mit verschiedenen Stellen der Stadtverwaltung aufgenommen. Auch hier war eine überaus große Bereitschaft zur Kooperation vorhanden.

Zu danken ist an dieser Stelle Herrn Hans-Peter Miller vom Statistischen Amt der Stadt Salzburg, Frau Mag^a. Jutta Kodat vom Stadtschulamt, dem Jugendamtsleiter Dr. Franz Enzelmüller, Herrn Oberamtsrat Peter Holzmann (Leiter Wohnungswesen), Dr. Hansjörg Bachmaier (Personalwesen), Mag. Michael Bergmüller (Referat Wahlen und Sicherheit, Land Salzburg), Anita Kitzmantel (Amt für öffentliche Ordnung) und Herrn Günter Österer (Jugendkoordinator).

Dr. Martin Maier
Mag. Paul Schober
Dr. Gerhard Hetfleisch

1. Einleitung

Das vorliegende Konzept wurde von der Hafelekar Unternehmensberatung in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für MigrantInnen in Tirol erstellt. In einem intensiven Prozess wurde gemeinsam mit VertreterInnen von NGO's, Religionsgemeinschaften, VertreterInnen von MigrantInnen, der Politik, Verwaltung und sonstigen relevanten Gruppierungen sowie Einzelpersonen ein Ziel- und Maßnahmenplan erarbeitet, welcher die wesentlichen Bereiche einer umfassenden Integrationspolitik für die Stadt Salzburg abdeckt.

Der Bericht gliedert sich zwei Teile: in den eigentlichen Konzeptteil und in den Dokumentationsband.

Ersterer enthält die wesentlichen Empfehlungen zur Beschlussfassung für ein Salzburger Integrationskonzept, eine Beschreibung der zentralen Eckdaten des Projekts sowie eine Erläuterung des zu Grunde liegenden Integrationsbegriffs. In weiterer Folge werden die wichtigsten demografischen sowie die arbeits- und bildungspolitisch relevanten Daten der im Rahmen des Projekts durchgeführten Sekundärrecherche wiedergegeben. Weiters finden sich die Ergebnisse der Arbeitsgruppensitzungen in Form einer paraphrasierenden Zusammenfassung der Protokolle zu den Arbeitsgruppensitzungen.

Der Dokumentationsband enthält sämtliche Protokolle und ExpertInnenbeiträge, die im Laufe des Prozesses erstellt wurden. Weiters enthält er den vollständigen Bericht zur Sekundärrecherche sowie die Basisinformationen für die Arbeitsgruppen. Diese liefern eine grobe Skizzierung der aktuellen rechtlichen und sozialen Situation von MigrantInnen in verschiedenen Gesellschaftsbereichen, wie Arbeits- und Wohnungsmarkt, Bildung, Gesundheit oder Politik.

Die Gliederung bietet also für unterschiedliche Informationsbedürfnisse unterschiedliche Zugänge. Für den schnellen Überblick eignet sich die Kapitel 2 und 3. Wer sich in die Problematik vertiefen möchte und an detaillierteren Ergebnissen interessiert ist, wird auch die übrigen Kapitel, insbesondere jedoch das Kapitel 7 (Ergebnisse der Arbeitsgruppen) heranziehen. Schließlich können im Dokumentationsband sämtliche Grundlagen nachgelesen werden, auf welchen der vorliegende Konzeptteil aufbaut.

2. Zentrale Aussagen – Empfehlungen zur Beschlussfassung

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf Protokolle der Arbeitsgruppensitzungen, des Feedbackplenums, sonstiger Treffen sowie auf ExpertInnenpapiere und weitere Beiträge, die im Zuge der Konzepterstellung geliefert wurden. Sie verstehen sich als Empfehlungen zur Beschlussfassung für Ziele und Maßnahmen. Auf eine kurze Formulierung des Zieles folgen jeweils Maßnahmenvorschläge, bzw. Aufgabenbeschreibungen.

Die Empfehlungen stellen den Ausgangspunkt eines Prozesses dar, der langfristig verfolgt und abgesichert werden muss. Für eine erfolgreiche Gestaltung der Integrationspolitik in der Stadt Salzburg bedarf es eines detaillierten Umsetzungsplanes und einer regelmäßigen Evaluierung aller darauf aufbauenden Maßnahmen.

Die genauen Ergebnisse der Arbeitsgruppensitzungen können im Abschnitt 8 bzw. im Dokumentationsband nachgelesen werden. Sämtliche sonstigen herangezogenen Dokumente werden nur im Dokumentationsband wiedergeben.

Empfehlung 1: Nachhaltige institutionelle Verankerung der Integrationspolitik in Salzburg in Form einer Stelle

Zentrales Ziel für die Stadt Salzburg ist die institutionelle Verankerung der Integrationspolitik in Form einer Stelle. Als gelungene Beispiele wird auf die Magistratsabteilung 17 in Wien oder das Integrationsreferat des Landes Tirol verwiesen. Die Stadt setzt mit diesem Schritt – im Sinne einer Vorbildfunktion – ein deutliches Zeichen und zeigt, dass sie sich aktiv des Themas annimmt.

Mögliche Aufgaben für diese Stelle

- Umsetzung des Integrationskonzepts
- Überprüfung der Zielerreichung und nachhaltige Absicherung des Integrationskonzepts
- Innenwirkung innerhalb der Verwaltung
- Anlaufstelle für MigrantInnen
- Koordination der Integrationspolitik
- Koordination von Schulungen
- Koordination der Vernetzung im Kulturbereich – Förderung migrantischer Kultur
- Beitrag zur Selbstkompetenz von Einrichtungen und deren Vernetzung
- Unterstützung und Aufbau von Strukturen der Partizipation
- Erhebung und Fortentwicklung der Ist-Analyse
- Ethnisches Monitoring
- Schaffung von Strukturen zur Mediation von interkulturellen Konflikten

Die Stelle ist längerfristig gesichert und unabhängig. Sie verfügt über Budgethoheit. Sie kann innerhalb oder außerhalb des Magistrats angesiedelt sein. Es sollte versucht werden, die Stelle noch in den heurigen Budgetverhandlungen zu berücksichtigen. Details aus den Arbeitsgruppensitzungen können im Abschnitt 7 bzw. im Dokumentationsband nachgelesen werden.

Empfehlung 2: Information, Öffentlichkeitsarbeit

Informationen über wichtige Belange des Lebens in Österreich und Salzburg werden MigrantInnen zugänglich gemacht. Das interkulturelle Verständnis der Mehrheitsbevölkerung wird durch eine positive Öffentlichkeitsarbeit über migrantische Kultur und Lebensweise gefördert. Die gleichberechtigte Teilnahme von MigrantInnen am öffentlichen Kommunikationsprozess stellt – wie politische Partizipation – eine zentrale Voraussetzung für Integration dar. Eine positive Öffentlichkeitsarbeit beinhaltet die Anerkennung von MigrantInnen durch Medien als Teil der Gesellschaft.

Maßnahmenvorschläge

- *vielsprachiges Informationsangebot, Informationstage zu unterschiedlichen Themen*
Schriftliche Informationen über Veranstaltungen und Anlaufstellen, allgemeine Information über die Stadt sowie über Leben und Arbeiten in Salzburg werden an alle gemeldeten MigrantInnen verteilt. Bei der Vergabe von städtischen Wohnungen werden mehrsprachige Informationen z.B. über die Hausordnung verteilt. Auch themenspezifische Informationstage mit verschiedenen ExpertInnen werden durchgeführt.
- *Verbesserung der Berufschancen für MigrantInnen durch Öffentlichkeitsarbeit und Informationen*
Durch Aufklärung erfahren MigrantInnen mehr über ihre beruflichen Möglichkeiten (z.B. Anrechenbarkeit oder Anerkennung von Abschlüssen, Fort- und Weiterbildungsangebote, Bewerbungsverhalten, etc.). Gezielte Aufklärung stellt eine wichtige Hilfestellung für Jugendliche und Eltern dar.
- *Positive Öffentlichkeitsarbeit (Fest der Kulturen etc.)*
Die einzurichtende Stelle tritt koordinierend und als Projektleiterin auf. Die Mitwirkung von verschiedenen Institutionen ist dabei notwendig. Es wird verstärkt auf muttersprachliche Websites und Medien von MigrantInnenvereinen sowie NGO's hingewiesen. Veranstaltungen – zum Beispiel ein Fest der Kulturen – werden durchgeführt. Bewusstseinsbildung wird aktiv betrieben und gefördert.

Empfehlung 3: Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern

Die Chancen von MigrantInnen am Arbeitsmarkt werden erhöht. Barrieren werden abgebaut und Anreize geschaffen. Hinsichtlich der Zielgruppen (Jugendliche, Frauen, Familiennachzug, etc.) sowie der Ausgangssituation (Einstieg in den Beruf, Umstieg, Aufstieg, etc.) wird differenziert vorgegangen. Eine interkulturelle Öffnung von Verwaltung, Profit und Non Profit Unternehmen wird angestrebt.

Maßnahmenvorschläge

- *Lehr- Lernstätten/Schnupperwochen/Praktika für MigrantInnen:*
Die einzurichtende Stelle tritt koordinierend auf. Gemeinsam mit der Wirtschaftskammer motiviert sie Betriebe und betreibt begleitende Öffentlichkeitsarbeit. Die Stadt unterstützt Betriebe, die Praktika für MigrantInnen anbieten.
- *Förderung der Beschäftigung von Personen mit Migrationshintergrund in öffentlichen Institutionen*
Die Einstellung von MigrantInnen ist ein wünschenswertes Ziel. Sie erfolgt nach Maßgabe des Stellenplans und der Qualifikation von BewerberInnen. Die Kenntnis der Kultur von MigrantInnen innerhalb der Verwaltung ist eine Voraussetzung, um Probleme im Sinne der Betroffenen effizient und effektiv zu regeln (vgl. auch den Maßnahmenbereich „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung im Sozial und Gesundheitsbereich“).
- *Preis für migrantInnenfreundlichstes Unternehmen*
Die Koordination erfolgt durch die Stadt Salzburg (gemeinsam mit AMS, WK, AK etc). Zur Finanzierung werden Sponsoren herangezogen.
- *Elternabende zur Berufsorientierung*
Diese Maßnahme unterstützt migrantische Eltern sowie deren Kinder bei der Berufswahl und erleichtert den Eintritt ins Berufsleben (vgl. Modellelternabend Berufsorientierung („Salzburg goes Equal“)).

Empfehlung 4: Interkulturelle Öffnung der Verwaltung im Sozial und Gesundheitsbereich

Die Situation von MigrantInnen im Bereich soziale Sicherung, Gesundheit, Pflege und Vorsorge wird verbessert. Insbesondere werden Frauen, Mädchen und PensionistInnen angesprochen.

Maßnahmenvorschläge

- *Gesundheitsberatung für MigrantInnen*
Gesundheitsberatung für MigrantInnen wird in bestehende Beratungsangebote eingebunden. Die Stadt Salzburg erstellt eine muttersprachliche Übersicht über die Angebote. Es sollten auch sonstige medizinische Unterlagen, OP-Aufklärungsbögen, allgemeine Gesundheitsinformationen in Muttersprache aufliegen. Wichtig ist ein umfassendes Beratungsangebot, das psychiatrische, psychotherapeutische und psychosoziale Beratung beinhaltet und auch die Themen Sexualität, Verhütung, Schwangerschaft oder Abtreibung einschließt. Ein Schwerpunkt wird auf die Zielgruppen Frauen, Kinder und PensionistInnen gelegt. Es wird geprüft, inwiefern mobile Pflegedienste gezielte Angebote für MigrantInnen realisieren können.

- *MigrantInnen im Sozial- und Gesundheitsbereich als Fachkräfte einstellen*
Die Einstellung von MigrantInnen ist ein wünschenswertes Ziel. Sie erfolgt nach Maßgabe des Stellenplans und der Qualifikation von BewerberInnen (vergleiche auch den Maßnahmenbereich „Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern – Förderung der Beschäftigung von Personen mit Migrationshintergrund in öffentlichen Institutionen“).

Empfehlung 5: Förderung des Zusammenlebens in Stadtteilen und Siedlungen

Maßnahmenvorschlag

- *Mediation*
Mediation wird als Aufgabe der Bewohnerservicestellen gesehen. Dafür werden Personen mit Migrationshintergrund bzw. interkulturellen Kompetenzen eingesetzt (vergleiche auch den Maßnahmenbereich „Schulungs- und Beratungsangebote – interkulturelle Kompetenzen fördern“).

Empfehlung 6: Schulungs- und Beratungsangebote

Interkulturelle Kompetenzen werden gefördert. Die Selbstkompetenz von MigrantInnen wird gestärkt.

Maßnahmenvorschläge

- *Interkulturelle Kompetenzen fördern*
Die einzurichtende Stelle überlegt, inwiefern Schulungsangebote zur Förderung interkultureller Kompetenzen realisiert werden können, zum Beispiel für Jugendliche, LehrerInnen und JugendarbeiterInnen. In diesem Zusammenhang sollten auch Schulungsangebote für magistratsinterne MitarbeiterInnen angedacht werden, welche in intensivem Kontakt mit MigrantInnen stehen. Ebenso sollte ein Angebot für medizinisches Personal sowie MitarbeiterInnen in Bewohnerservicestellen in Erwägung gezogen werden. Weiters könnte eine Förderung von Selbsthilfegruppen durch Ausbildung von MigrantInnen z.B. in der mobilen Seelsorge oder Pflege erfolgen.
- *Beratungsangebot für Mädchen*
In diesem Bereich besteht eine besondere Problematik auf Grund der unterschiedlichen kulturellen und religiösen Hintergründe. Das bestehende Beratungsangebot sollte in dieser Hinsicht ausgebaut werden.

Empfehlung 7: Zugang zu Bildung, Sport und Kultur erleichtern

Die Integration von Kindern in Schulen und Kindergärten wird verbessert. Es werden Maßnahmen im Bereich der besseren Einbindung von Eltern gesetzt, in der Erhöhung der Berufschancen durch Bildung – auch für nicht mehr schulpflichtige MigrantInnen – sowie in der Intensivierung der Zusammenarbeit von Institutionen. Der Zugang zu Sport und Kultur sowie zu Sprachkompetenzen für alle wird erleichtert.

Maßnahmenvorschläge

- *Deutschkurse für Eltern und Kinder in Verbindung mit Elternarbeit (nach dem Modellbeispiel Kindergarten Lehen)*
Ein pädagogisch didaktisches Konzept wird erstellt werden, welches das unterschiedliche Lernverhalten von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen berücksichtigt.
- *Koordination von Deutschkursen*
Es wird von der einzurichtenden Stelle geprüft, inwiefern eine Koordinierung von Kursen und Bildungsanbietern möglich ist. Sofern Kinderbetreuungsmöglichkeiten notwendig sind, wird versucht, diese in städtischen Kindergärten zu organisieren oder Kursanbieter dazu zu motivieren, diese anzubieten.
- *SprachtrainerInnen für Deutsch in Kindergärten / Schulen, Ausbildung von KindergartenhelferInnen mit Migrationshintergrund – muttersprachliche Betreuung in Kindergärten / Schulen*
MigrantInnen werden motiviert, die Ausbildung zu KindergartenhelferInnen zu absolvieren. MigrantInnen, welche das Anforderungsprofil erfüllen, werden nach Maßgabe des Stellenplanes eingestellt. Für bereits angestellte KindergartenhelferInnen könnten Schulungen für interkulturelle Kompetenzen entwickelt werden. Es wird versucht, den bereits angebotenen Förderunterricht für Deutsch auszudehnen.
- *Unterstützung für nicht mehr schulpflichtige MigrantInnen sowie Kinder von MigrantInnen, die erst kurz in Österreich sind*
In diesem Bereich gibt es Erfahrungen durch das EU-Projekt Total Equality / Salzburger Lernzentrum. Auf diesen sollte aufgebaut werden (Hauptschulabschluss, Lernbetreuung).
- *Errichtung von Trendsportplätzen (Skateboard, Inline-Skates), Öffnung von Schul- oder Vereinssportanlagen*
Es wird geprüft, inwiefern Schulsportanlagen in Zeiten, in denen sie nicht für den Schulbetrieb benötigt werden, unter bestimmten Bedingungen für alle SalzburgerInnen geöffnet werden können. Vereine werden motiviert, ihre Anlagen in den nutzungsfreien Zeiten zur Verfügung zu stellen. Ziel ist es, im Rahmen sportlicher Betätigung zu einem interkulturellen Verständnis beizutragen.

- *Netzwerke mit Institutionen aus Kunst und Kultur fördern*
Die Initiierung von Vernetzungsaktivitäten inländischer und migrantischer Kultur sollte ein wichtiges Anliegen der für Integration zuständigen Stelle sein.
- **Querschnittsthemen**
Partizipation, Gender Mainstreaming, Öffentlichkeitsarbeit und die Rolle der Medien sind Querschnittsthemen, die bei der Umsetzung aller Maßnahmen mitgedacht werden.

3. Weitere Anregungen aus den Arbeitsgruppen

In der Folge werden weitere Anregungen aus den Arbeitsgruppen, bzw. aus dem Feedbackplenum angeführt. Dabei handelt es sich um sehr spezifische Vorschläge, bzw. um Vorschläge, welche sich nicht in den übergeordneten Zielen / Maßnahmen finden, die im Feedbackworkshop gemeinsam mit den ArbeitsgruppenleiterInnen sowie der Kerngruppe erarbeitet wurden. Mitunter handelt es sich auch um Handlungsfelder, in welchen die Stadt Salzburg nur über bedingte Gestaltungsmöglichkeiten verfügt.

- Zusammenarbeit der Institutionen im Bereich Bildung, Schule, Erziehung, Kindergarten
- Bessere Einbindung von MigrantInnen in Elternbeiräte
- Unterstützung für LehrerInnen, um Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund besser für Elternaktivitäten zu motivieren
- Bewusstseinsarbeit für Eltern österreichischer Kinder, damit diese auch Schulen in Anspruch nehmen, welche einen höheren Anteil an MigrantInnenkindern haben
- Förderung von schulpflichtigen Kindern, welche als QuereinsteigerInnen nach Österreich kommen
- Erfassung bestehender MigrantInnengruppen als ExpertInnenpool
- Zugang zu Bildung, Kultur, Sport erleichtern durch finanzielle Unterstützung
- Multikultureller / es Raum / Zentrum als Begegnungsort für Kulturen aus verschiedenen Ländern
- MigrantInnenzentrum als Koordinations- Beratungs- und Beschwerdestelle
- Interkulturelles Zentrum, Bsp. Zebra Graz (psychosoziale, psychotherapeutische, pädagogische, rechtliche, medizinische Versorgung...)
- Interkulturelle Spielesammlungen in Stadtteilzentren
- Interkulturelle Schulungen für Betriebe
- Betriebsräte mit migrantischem Hintergrund
- Möglichkeit für islamische Leichenwaschung vor Ort (im Krankenhaus) – Schaffung eines dafür reservierten Gebetsraums (z.B. AKH Wien)

4. Übersicht zur Konzepterstellung

Integration ist ein umfassender und gesamtgesellschaftlicher Prozess, der mit vielen Erwartungen, Ängsten aber auch Chancen verbunden ist. In diesem Sinne umfasst das vorliegende Konzept alle wesentlichen Bereiche integrativer Prozesse, auch wenn in manchen Bereichen die unmittelbare Steuerungsmöglichkeit der Stadtgemeinde eingeschränkt ist, wie etwa bei Integrationshemmnissen auf Grund der Gesetzgebung. Wir verstehen Integration in diesem Kontext als gleiche Rechte und Chancen unabhängig von der Nationalität.

Zentral erscheint es uns, bestehende Strukturen zu (be)achten, einzubinden und auf diesen aufzubauen. Integrationsbemühungen verstehen wir als evolutionären Prozess, der Bestehendes weiterentwickelt und auch für zukünftige Veränderungen weiter offen bleibt. In diesem Sinne lag ein Anspruch in der gleichgewichtigen Einbeziehung aller relevanten Teilgruppen, die in den Polaritäten MigrantInnen – Einheimische, Frauen – Männer umrissen werden können. Insbesondere wurden auch die Unterschiede zwischen den einzelnen ethnischen Gruppen der MigrantInnen und die Inhomogenität der Einheimischen berücksichtigt.

Im Rahmen der Konzepterstellung nahmen Arbeitsgruppen eine zentrale Rolle ein. Ihre Aufgabe war es, die zentralen Problem- und Handlungsbereiche zu ermitteln und darauf aufbauend konkrete integrationsfördernde Maßnahmen, Angebote und Aktivitäten zu erarbeiten. Die Arbeitsgruppen setzten sich aus VertreterInnen von NGO's, Religionsgemeinschaften, VertreterInnen von MigrantInnen, der Politik, Verwaltung und sonstigen relevanten Gruppierungen sowie Einzelpersonen zusammen. Die Konstituierung der Arbeitsgruppen erfolgte im Rahmen eines öffentlichen Plenums. Es bildeten sich fünf Arbeitsgruppen zu den folgenden Handlungsfeldern:

- Arbeit und Wirtschaft
- Partizipation, Politik und Verwaltung
- Bildung, Schule, Erziehung, Kindergarten
- Jugend, Wohnen, Freizeit, Kultur Sport
- Soziale Sicherung, Gesundheit, Pflege, Vorsorge.

In jeweils drei Workshops pro Arbeitsgruppe wurde zunächst der Ist-Zustand erarbeitet, wie er sich aus der Sicht der TeilnehmerInnen darstellte. Darauf aufbauend wurden Visionen und strategische Ziele formuliert und schließlich operative Ziele und Maßnahmenvorschläge konkretisiert. Partizipation, Gender Mainstreaming und die Rolle der Medien wurden dabei als Querschnittsthemen in allen Arbeitsgruppen mitbehandelt.

Als eine Grundlage für die Arbeitsgruppen wurde im Vorfeld eine Sekundärrecherche durchgeführt, die alle verfügbaren Daten in übersichtlicher Form bereitstellt. Diese ist integraler Bestandteil des Integrationskonzepts und findet sich im Dokumentationsband. Im Wesentlichen enthält der Recherchebericht die Ergebnisse der Volkszählung 2001 sowie die demografischen Veränderungen im Zeitablauf, gefolgt von weiteren demografischen Daten und einem Überblick über die Wohnbevölkerung in den Stadtteilen Salzburgs. Nicht zu letzt

finden sich relevante Arbeitsmarktdaten sowie Daten zur Situation in den Schulen und städtischen Kindergärten.

Abgerundet wird die Sekundärrecherche durch einen Bericht zur aktuellen rechtlichen und sozialen Situation der in Österreich lebenden MigrantInnen in verschiedenen Gesellschaftsbereichen, wie Arbeits- und Wohnungsmarkt, Bildung, Gesundheit oder Politik. Es wird darin ein Überblick über Grundbegriffe im Kontext von Migration, Integration und Diskriminierung gegeben. Vor allem wird auch näher auf die besondere Situation von Frauen und die Rolle der Medien eingegangen. Auch dieser Bericht ist Bestandteil des Konzepts und kann im Dokumentationsband nachgelesen werden.

Die Konzepterstellung wurde von einer Kerngruppe begleitet. Ihr oblag es, gemeinsam mit der Hafelekar, der Stadt Salzburg und den ArbeitsgruppenleiterInnen, das Projektdesign sowie den Zeitfahrplan festzulegen.

Die nachfolgende Abbildung gibt einen Überblick über die wesentlichen Meilensteine des Projekts.

Phasenplan

	März	Mai	Mai, Juni	Juni, Juli	Juli	Oktober	Oktober	November	Dez., Jan.
Auftaktplenum									
Arbeitsgruppen – Workshop 1									
Arbeitsgruppen – Workshop 2									
Arbeitsgruppen – Workshop 3									
Feedbackrunde AG-LeiterInnen, Kerngruppe, Stadt									
Feedbackplenum – Vorstellung des Rohkonzepts –									
Erstentwurf des Integrationskonzepts, Treffen Stadtpolitik, Kerngruppe, AG-LeiterInnen									
Schlussbericht – Maßnahmenkatalog									
Abstimmungsphase mit Politik									

Abb1: Phasenplan

5. Integration – eine Begriffsbestimmung

Wenn von Integration der Einwanderer die Rede ist, so meinen wir damit all jene Prozesse und Maßnahmen, die dazu beitragen, dass diese zu anerkannten Mitgliedern der aufnehmenden Gesellschaft werden (können) (vergleiche Sekundärrecherche). Dies bedeutet einerseits, dass MigrantInnen Kenntnisse der Sprache, der sozialen Regeln und der Gesetze des Einwanderungslandes besitzen, andererseits bedeutet dies aber auch ein Entgegenkommen der aufnehmenden Gesellschaft, welche sich in der Bereitschaft zur Gleichstellung und Akzeptanz kultureller Differenzen widerspiegelt. Somit stellt Integration einen Prozess der wechselseitigen Anpassung und Veränderung zwischen einer aufnehmenden und einer aufzunehmenden Gruppe dar (Volf & Bauböck, 2001¹).

In der Realität handelt es sich dabei um einen asymmetrischen Prozess, bei dem die Einwanderer zwangsläufig eine größere individuelle und soziale Anpassungsleistung erbringen, um in der Gesellschaft akzeptiert zu werden. Es wird erwartet, dass sie die Sprache des Ziellandes erlernen und soziale Regeln und Gesetze kennen und verstehen. Eine zentrale Voraussetzung dafür, dass aus Einwanderer gleichberechtigte Bürger werden, liegt nach Volf & Bauböck (2001) somit in der Umgestaltung der politischen, rechtlichen und kulturellen Institutionen. Dies stellt eine Herausforderung für die österreichische Gesellschaft dar und erfordert die Beseitigung institutioneller Hürden, die den sozialen Aufstieg verhindern.

Weiters erfordert Integration nach Volf und Bauböck (2001) eine Veränderung des Selbstbildes der österreichischen Gesellschaft. Sie muss lernen, sich als Einwanderungsland zu begreifen. Es ist eine Tatsache, dass sich Österreich in den letzten 30 bis 40 Jahren zu einem Einwanderungsland entwickelt hat. Allein in der Stadt Salzburg haben mit Jänner 2005 25,47% der Wohnbevölkerung mit Hauptwohnsitz in der Stadt Salzburg eine ausländische Staatsbürgerschaft (vergleiche Sekundärrecherche). Trotz dieser Daten ist sich ein Großteil der Bevölkerung darin einig, dass Österreich kein Einwanderungsland ist. Diese Einstellung bildet die Grundlage aller politischen und alltäglichen Praktiken im Umgang mit Menschen anderer Herkunft. Ein großer Schritt in Richtung Offenheit wäre getan, wenn die ÖsterreicherInnen das Bild des Einwanderungslandes als Selbstbeschreibung akzeptieren würden. Einwanderer würden dann nicht mehr als Fremde wahrgenommen, sondern als zukünftige Bürger.

Der Gegenbegriff zu Integration ist Assimilation, bei der eine einseitige Anpassung der MigrantInnen an die aufnehmende Gesellschaft verlangt wird. Es wird erwartet, dass Immigranten Sprache, kulturelle Traditionen, Verhaltensmuster und Werthaltungen der aufnehmenden Gruppe vollständig übernehmen und die eigene Herkunft verleugnen bzw. vergessen (vergleiche Sekundärrecherche). Assimilation dient nach Volf & Bauböck (2001) unter anderem dazu die Grenze zu den unerwünschten Fremden aufrecht zu erhalten, da die zu erfüllenden Kriterien bzw. Standards von der dominanten aufnehmenden Gruppe vorgegeben werden. In der extremsten Variante schlägt Assimilation in Rassismus um, wenn

¹ Volf, P. & Bauböck, R. (2001): Wege zur Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann. In Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Abteilung Gesellschaftswissenschaften (Hrsg.), Publikationsreihe zum Forschungsschwerpunkt Fremdenfeindlichkeit (Bd. 4).Klagenfurt: Drava Verlag.

von einer Gruppe eine völlige Anpassung verlangt wird, zugleich aber behauptet wird, dass sie von Natur aus dazu gar nicht in der Lage sei.

5.1. Thesen zur Integration

Die folgenden Thesen wurden als Ausgangspunkt für die Konzepterstellung herangezogen und im Rahmen der Arbeitsgruppen zur Diskussion gestellt.

1. Integration bedeutet gleiche Rechte und Chancen für alle Salzburger WohnbürgerInnen, unabhängig von der Nationalität.
2. Integration ist eine Aufgabe aller WohnbürgerInnen der Stadt Salzburg, ob mit oder ohne Migrationshintergrund.
3. Weder MigrantInnen noch Einheimische sind homogene Gruppen. Deshalb bedeutet Integration auch den bewussten Umgang mit Differenz zwischen verschiedenen Herkunftsorten, Nationalitäten, Religionen, Geschlechtern, politischen Einstellungen und sozialen Schichten.
4. Integration bedeutet die gegenseitige Anerkennung und Achtung von Fähigkeiten und Kompetenzen aller Beteiligten.
5. Integration wird auch als Auftrag an Politik und Verwaltung anerkannt. Dafür müssen entsprechende Strukturen und Ressourcen vorhanden sein. Als Querschnittsthema berührt Integration alle wesentlichen Politikfelder und muss somit überall mitberücksichtigt werden.
6. Integration ist der Weg auf dem wir gemeinsam aufeinander zugehen. Für MigrantInnen bedeutet dies das Kennen lernen und die Akzeptanz bestehender sozialer Regeln und Gesetze, für die Mehrheitsgesellschaft das Kennen lernen und die Akzeptanz kultureller Differenzen.
7. Integration ist eine notwendige Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben aller BewohnerInnen der Stadt Salzburg.

Im Zuge der Diskussionen in den Arbeitsgruppen und auf Grund von ExpertInnenbeiträgen wurde die Ursprungsversion abgeändert in:

1. Eine zentrale Voraussetzung für die Erreichung einer Chancengleichheit besteht im Abbau von strukturellen (diskriminierenden) Barrieren, welche zu Ungleichheiten führen. Nur so kann eine politisch und rechtlich gleichberechtigte Basis für Diskussionen, Konfliktaustragungen und Dialoge geschaffen werden.
2. Integration als Auftrag an Politik und Verwaltung heran zutragen stellt damit eine wesentliche Aufgabe dar, um Integration überhaupt zu ermöglichen.
3. Die gegenseitige Akzeptanz und Anerkennung aller Beteiligten, unabhängig ihrer kulturellen Unterschiede, stellt eine Schlüsselrolle in der Integration dar.
4. Integration ist ein wechselseitiger und gesamtgesellschaftlicher Prozess, an dem sowohl MigrantInnen als auch InländerInnen beteiligt sind. Dies bedeutet das Kennen lernen und Aufeinander-Zugehen, sowie die Akzeptanz der sozialen Regeln und kultureller Differenzen aller Gesellschaftsgruppen.

Alle Beiträge zu den Thesen können im Dokumentationsband nachgelesen werden.

6. Basisdaten zur Ausgangslage

Wir bringen in der Folge die zentralen Eckpunkte der Sekundärrecherche.

6.1. Demografische Daten der Gemeinde Salzburg

Mit Stichtag 1.1.2005 hatte die Stadt Salzburg 148.546 EinwohnerInnen, davon 118.389 mit österreichischer Staatsbürgerschaft und 30.157 mit anderer Nationalität. Damit haben mit Jänner 2005 25,47% der Wohnbevölkerung mit Hauptwohnsitz in der Stadt Salzburg eine ausländische Staatsbürgerschaft. Diese Zahlen stammen vom Statistischen Amt der Stadt Salzburg. Für eine detailliertere Analyse der demografischen Struktur der Stadt Salzburg wird in weiterer Folge allerdings auf die Daten der Volkszählung 2001 zurückgegriffen, da hierbei ein wesentlich breiteres Spektrum an Detaildaten erfasst wird und diese Daten auch eine gute Vergleichbarkeit im Zeitablauf ermöglichen.

6.1.1. Gesamtbevölkerung nach Geschlechterverhältnissen

Die Gesamtbevölkerung der Stadt Salzburg betrug zum Stichtag der Volkszählung 2001 (15.5.2001) 142.662 Personen. Im Vergleich zur Volkszählung 1991 hat sich die Bevölkerungsanzahl um 0,9% oder 1.316 Personen verringert. Dies ist einerseits auf eine leicht negative Geburtenbilanz (-0,4%) und andererseits auf eine leicht negative Wanderungsbilanz (-0,5%) zurückzuführen. In dieser Statistik werden alle Personen erfasst, die am Zähltag ihren Hauptwohnsitz in Salzburg hatten.

Bevölkerung nach Geschlecht	2001	1991
Frauen	76.431	77.861
Männer	66.231	66.117
GESAMT	142.662	143.978

Tab. 1: Gesamtbevölkerung nach Geschlecht (Volkszählung 2001)

Auffallend ist auch der deutlich höhere Frauenanteil in der Wohnbevölkerung. Frauen haben hier einen Prozentsatz von 53,6% in der Stadt Salzburg. Dieser kommt insbesondere durch den Überhang an Frauen mit österreichischer Staatsbürgerschaft zustande.

Während bei den BewohnerInnen mit ausländischer Staatsbürgerschaft ein fast paritätisches Verhältnis festzustellen ist (13.069 Frauen zu 13.680 Männer) beträgt das Verhältnis bei den österreichischen Staatsbürgerschaften 63.362 Frauen zu 52.551 Männern.

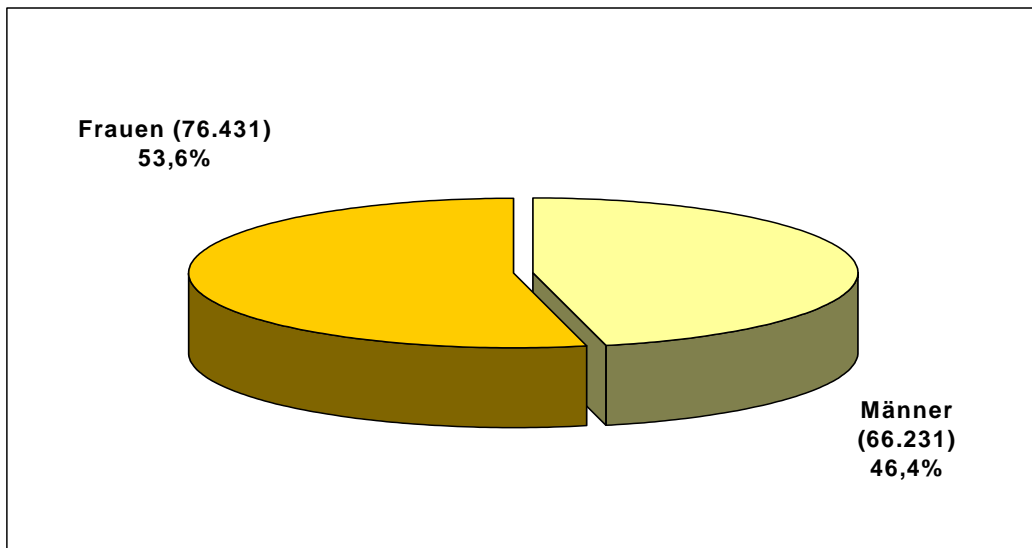


Abb. 2: Geschlechtersplitting der Wohnbevölkerung der Stadt Salzburg (Volkszählung 2001)

6.1.2. Wohnbevölkerung nach Staatsbürgerschaft

Von der Gesamtbevölkerung hatten zum Stichtag der Volkszählung 115.913 die österreichische Staatsbürgerschaft. Bei den EU-BürgerInnen handelte es sich 2001 um jene aus der EU-15. Unter „sonstige Staaten“ werden alle übrigen Länder erfasst, die der EU-15 nicht angehören.

In dieser Zahl sind auch alle jene mit ungeklärter Staatsbürgerschaft (80 Personen) und 237 Staatenlose erfasst.

Bevölkerung nach Staatsbürgerschaft	2001
österreichische StaatsbürgerInnen	115.913
sonstige EU-BürgerInnen	4.132
übrige Staaten	22.617
GESAMT	142.662

Tab. 2: Wohnbevölkerung nach Staatsbürgerschaft (Volkszählung 2001)

Damit ergibt sich eine prozentuelle Verteilung von 81,3% auf österreichische Staatsbürgerschaften, 2,9% sonstige EU-BürgerInnen und 15,9% BürgerInnen sonstiger Staaten.

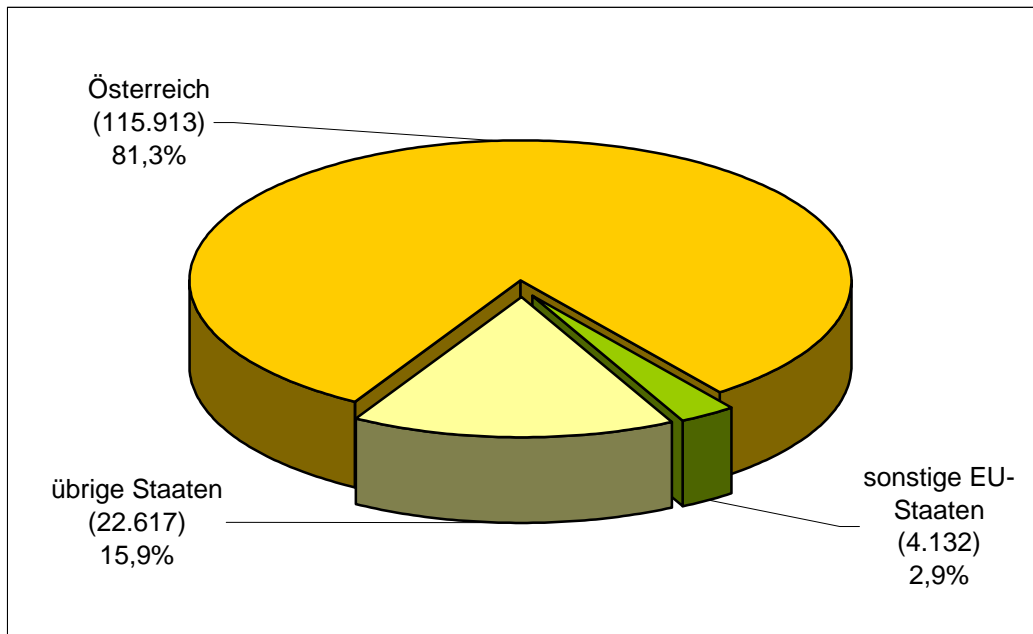


Abb. 3: Herkunft der Wohnbevölkerung nach Staatsbürgerschaft (Volkszählung 2001)

Eine Aufsplittung der nicht-österreichischen Staatsbürgerschaften ergibt die größte Bevölkerungsgruppe von 6.309 Personen mit Staatsbürgerschaft der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro), 5.454 Personen mit Staatsbürgerschaft von Bosnien-Herzegowina und 2.197 aus Kroatien.

Bei den übrigen Staatsbürgerschaften stellen noch die türkischen mit 3.184 und die deutschen StaatsbürgerInnen mit 2.913 große Bevölkerungsgruppen dar.

Bevölkerung nach Staatsbürgerschaft	2001
österreichische StaatsbürgerInnen	115.913
Deutschland	2.913
sonstige EU-Länder	1.219
BR Jugoslawien	6.309
Bosnien-Herzegowina	5.454
Kroatien	2.197
Türkei	3.184
übrige Staaten	5.473
GESAMT	142.662

Tab. 3: Gesamtbevölkerung nach Staatsbürgerschaft detailliert (Volkszählung 2001)

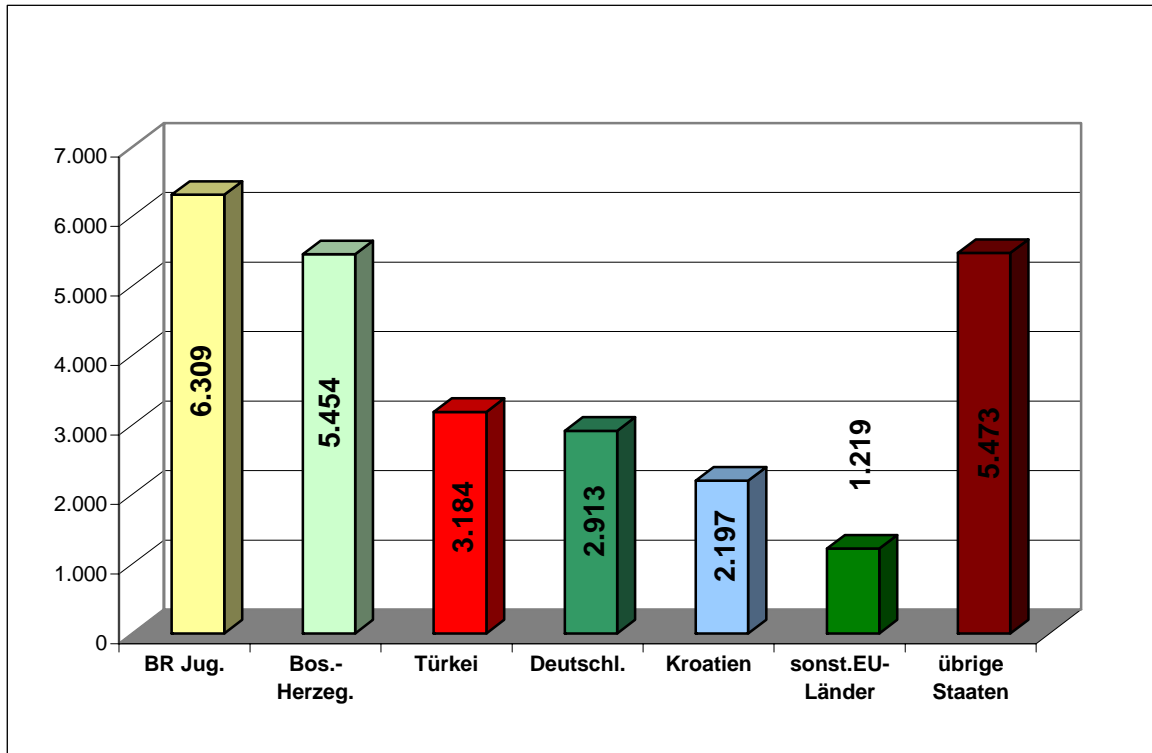


Abb. 4: ausgewählte Staatsbürgerschaften der Wohnbevölkerung in absoluten Zahlen (Volkszählung 2001)

Die folgende Abbildung zeigt die prozentuelle Verteilung der Staatsbürgerschaften.

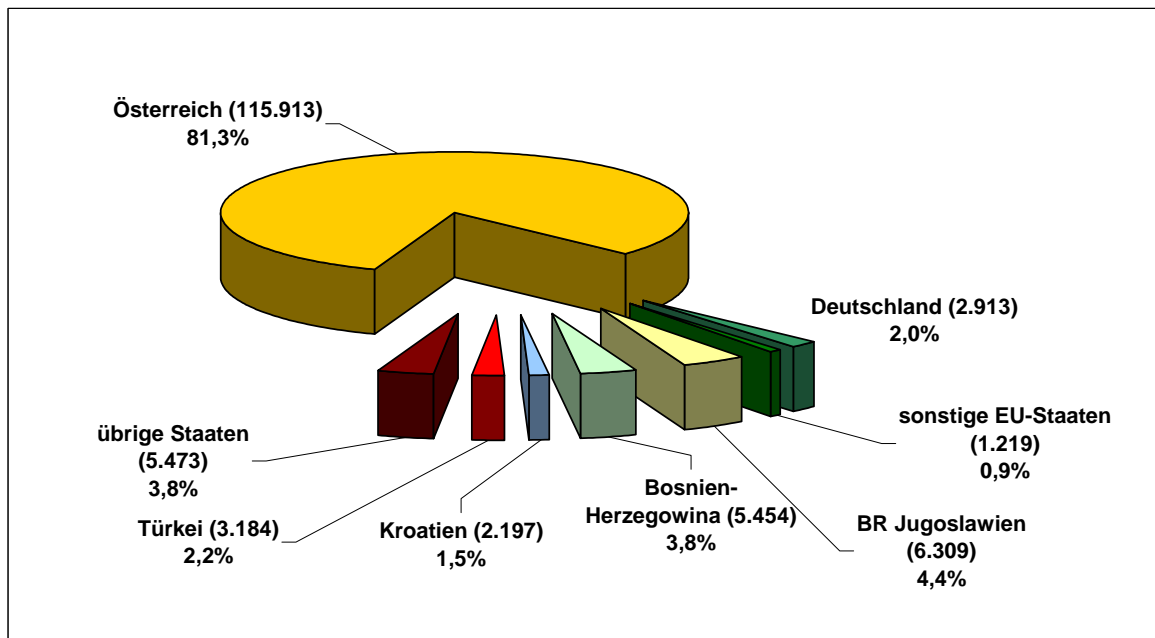


Abb. 5: ausgewählte Staatsbürgerschaften der Wohnbevölkerung prozentuell (Volkszählung 2001)

6.1.3. Herkunft der Wohnbevölkerung nach Geburtsland

Erstmals war bei dieser Volkszählung der Geburtsort anzukreuzen (Angabe zu den 2001 gültigen Grenzen). 110.012 BewohnerInnen Salzburgs wurden in Österreich geboren, 7.513 in anderen EU-Staaten (EU-15) und 25.137 in sonstigen Staaten.

Herkunft nach Geburtsland	2001
Österreich	110.012
sonstige EU-Staaten	7.513
übrige Staaten	25.137
GESAMT	142.662

Tab. 4: Herkunft der Wohnbevölkerung nach Geburtsland (Volkszählung 2001)

In einer prozentuellen Verteilung ergibt dies, dass 77,1% der Salzburger Wohnbevölkerung bereits in Österreich geboren wurde, 5,3% in sonstigen EU-Staaten und 17,6% in übrigen Staaten.

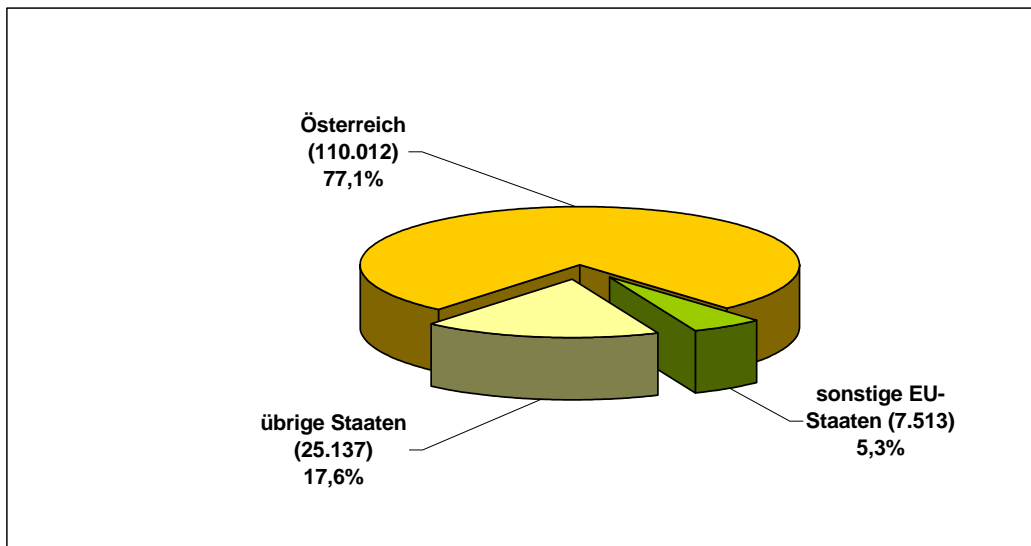


Abb. 6: Herkunft der Wohnbevölkerung nach Geburtsland (Volkszählung 2001)

Die niedrigere Zahl der in Österreich geborenen österreichischen Wohnbevölkerung im Vergleich zur tatsächlichen Zahl der StaatsbürgerInnen (ein Unterschied von 5.901 Personen) verweist teilweise auf NeubürgerInnen bzw. Einbürgerungen in Salzburg. Diese kommen zu etwa gleichen Teilen aus anderen EU-Staaten bzw. aus sonstigen Staaten.

Bei einer detaillierteren Analyse der Geburtsländer ergibt sich die höchste Zahl von 5.899 für Bosnien Herzegowina, etwa gleichauf mit der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) mit 5.753 und Deutschland mit 5.533.

Herkunft nach Geburtsland	2001
Österreich	110.012
Deutschland	5.533
sonstige EU-Staaten	1.980
BR Jugoslawien	5.753
Bosnien-Herzegowina	5.899
Kroatien	1.113
Türkei	2.860
übrige Staaten	9.512
GESAMT	142.662

Tab. 5: Wohnbevölkerung nach Geburtsland detailliert (Volkszählung 2001)

Die höchsten Unterschiede bei der Anzahl der Staatsbürgerschaften und den ursprünglichen Geburtsländern ergeben sich bei Deutschland (5.533 Personen als Geburtsland zu 2.913 Staatsbürgerschaften) und bei den übrigen Staaten (9.512 als Geburtsland zu 5.473 Staatsbürgerschaften), während es bei den anderen ausgewählten Staaten ein proportionales Verhältnis gibt.

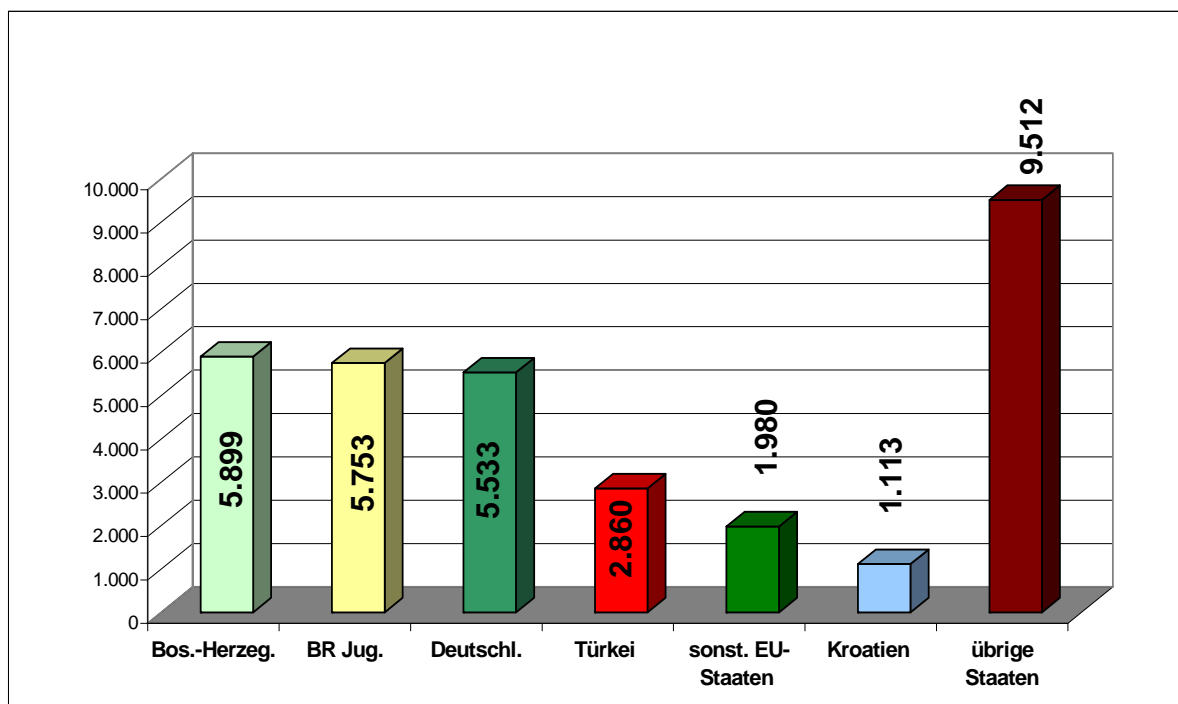


Abb. 7: ausgewählte Geburtsländer in absoluten Zahlen (Volkszählung 2001)

Eine prozentuelle Verteilung der ausgewählten Geburtsländer wird in der folgenden Abbildung dargestellt:

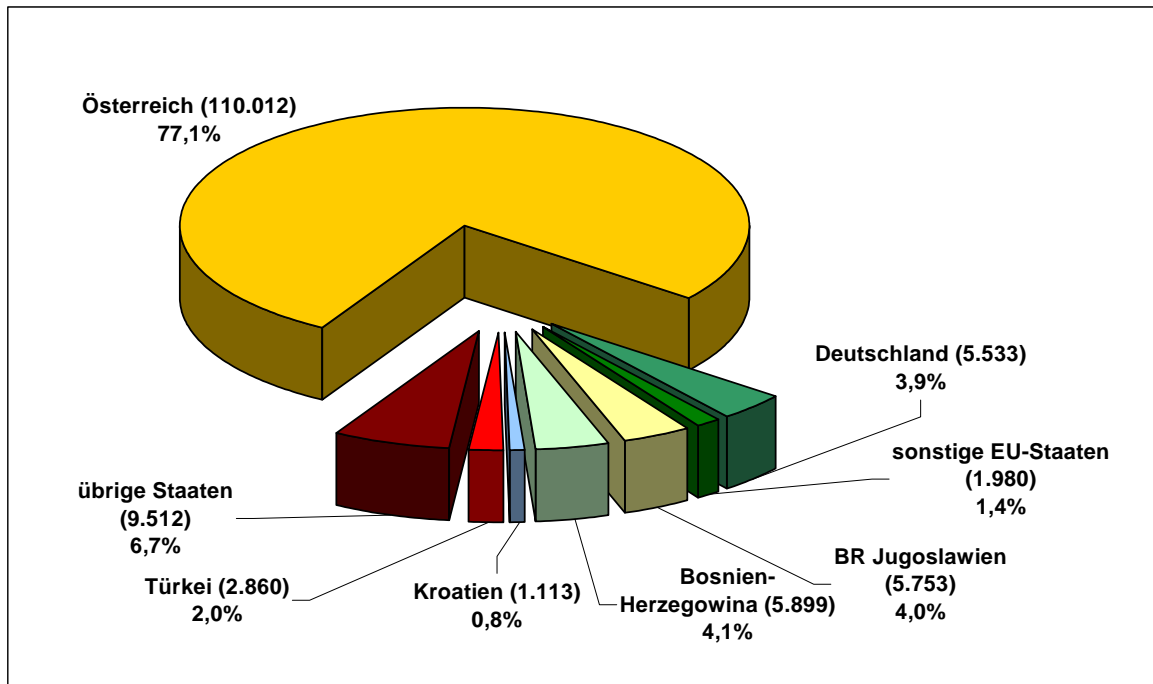


Abb. 8: ausgewählte Geburtsländer der Wohnbevölkerung prozentuell (Volkszählung 2001)

6.1.4. Wohnbevölkerung nach Umgangssprache

Im Rahmen der Volkszählung war die Sprache anzugeben, die gewöhnlich im privaten Bereich (Familie, Verwandte, Freunde usw.) gesprochen wird.

Umgangssprache	2001
Deutsch	115.159
Serbisch	7.901
Kroatisch	4.701
Türkisch	4.237
Bosnisch	1.876
Ungarisch	559
Tschechisch	325
Slowenisch	209
Burgenland-Kroatisch	13
Sonstige und unbekannt	7682
GESAMT	142.662

Tab. 6: Umgangssprache der Wohnbevölkerung (Volkszählung 2001)

Auffallend ist, dass Kurdisch als Umgangssprache entweder wenig oder gar nicht genannt wurde bzw. diese für die Türkei wichtige Minderheitensprache statistisch nicht Berücksichtigung gefunden hat, obwohl mehr als eine Sprache angegeben werden konnte. Laut Erläuterungen zur Volkszählung wurde die Angabe zweier Sprachen zwar erfasst aber vereinfachend nur die nichtdeutsche Sprache angegeben, es ist daher beispielsweise laut Erläuterungen „unter Slowenisch die Angabe ‚Deutsch und Slowenisch‘ immer mitgemeint.“

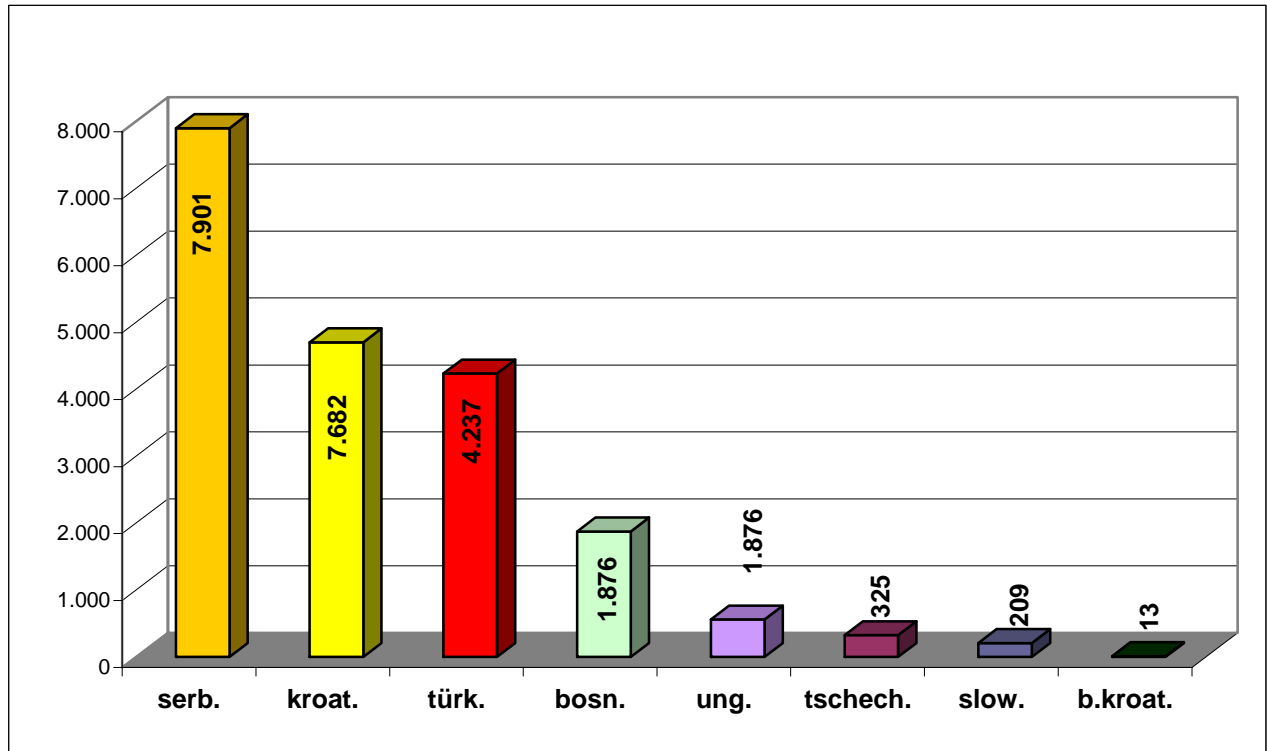


Abb. 9: Wohnbevölkerung mit nichtdeutscher Umgangssprache in absoluten Zahlen (Volkszählung 2001)

Die prozentuelle Verteilung ergibt 80,8% Deutsch als Hauptumgangssprache, 5,5% Serbisch, 3,3% Kroatisch und 3% Türkisch. Alle anderen Sprachen haben nur einen Anteil von ca. 1% bzw. darunter.

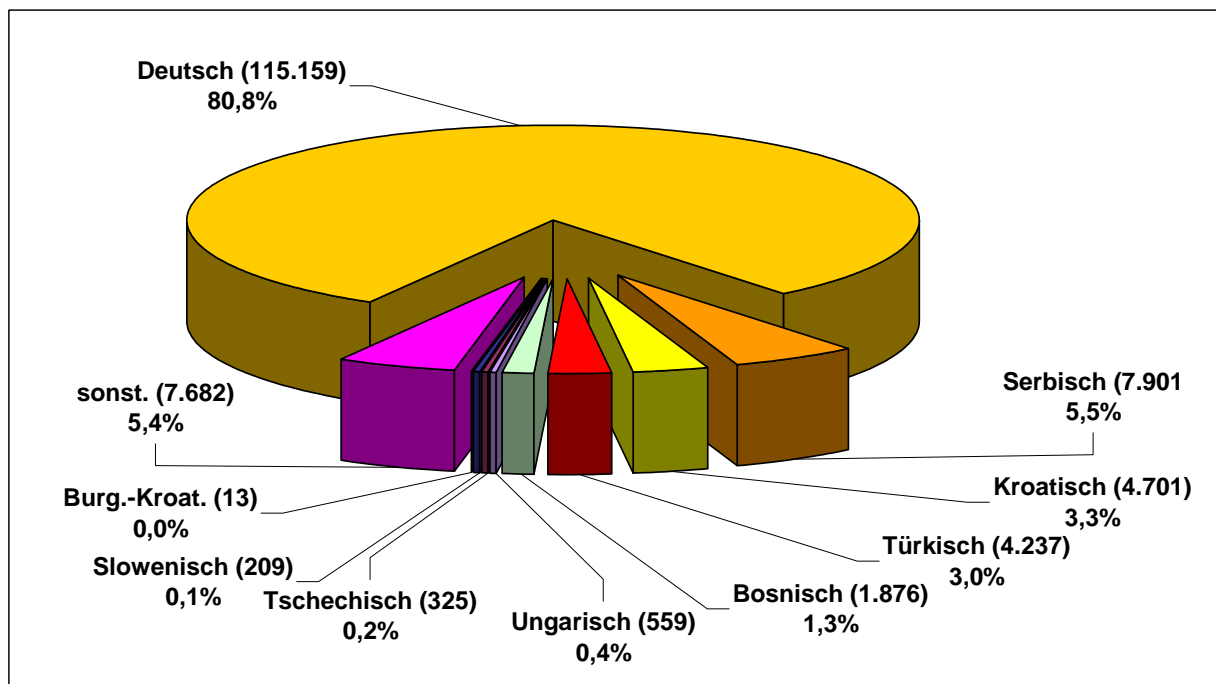


Abb.10: Wohnbevölkerung nach Umgangssprache prozentual (Volkszählung 2001)

6.1.5. Wohnbevölkerung nach Religion

Es war bei der Volkszählung auch die formale Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft anzugeben. Die größte Gruppe bekennt sich mit 79.177 zur römisch-katholischen Glaubensgemeinschaft, 9.516 sind evangelisch und 7.520 orthodoxe Christen. Zum Islam bekennen sich 9.735 SalzburgerInnen, 24.368 sind ohne Bekenntnis. Nur 86 Personen bekennen sich zum jüdischen Glauben und 9.397 haben keine Angabe zu dieser Frage gegeben.

Religionsbekenntnis	2001
römisch-katholisch	79.177
evangelisch	9.516
orthodox	7.520
islamisch	9.735
israelitisch	86
ohne Bekenntnis	24.368
sonstige	2.953
unbekannt	9.307
GESAMT	142.662

Tab. 7: Religionsbekenntnis der Wohnbevölkerung (Volkszählung 2001)

In Prozenten ausgedrückt ergeben sich 55,4% römisch katholische, 6,7% evangelische und 5,3% orthodoxe Christen. Damit sind in Summe 67,4% Christen. Die zweitgrößte Gruppe mit 17,1% ist ohne Bekenntnis, eine große zahlenmäßige Bedeutung besitzt auch noch der Islam mit 6,8%. Der Grad der Verbundenheit mit der genannten Religion lässt sich daraus nicht ableiten.

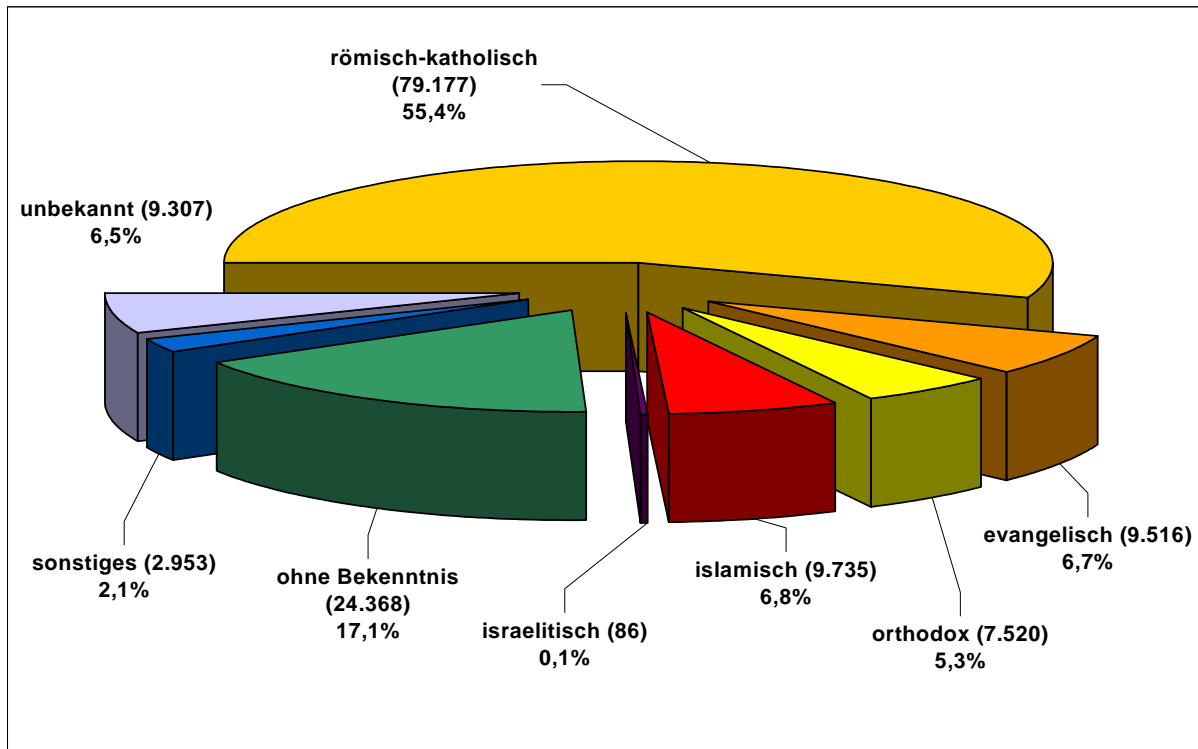


Abb. 11: Wohnbevölkerung nach Religionsbekenntnis (Volkszählung 2001)

6.2. Arbeitsmarktdaten der Stadt Salzburg

Die folgenden drei Tabellen geben einen Überblick über die Verteilung von MigrantInnen und InländerInnen im Branchenvergleich sowie über das Verhältnis von als arbeitslos vorgemerkten MigrantInnen und InländerInnen. Die Zahlen in der unten angeführten Abbildung geben wieder, wie viel Prozent von MigrantInnen jeweils in einer bestimmten Branche tätig sind.

6.2.1. Beschäftigung von MigrantInnen und InländerInnen im Branchenvergleich

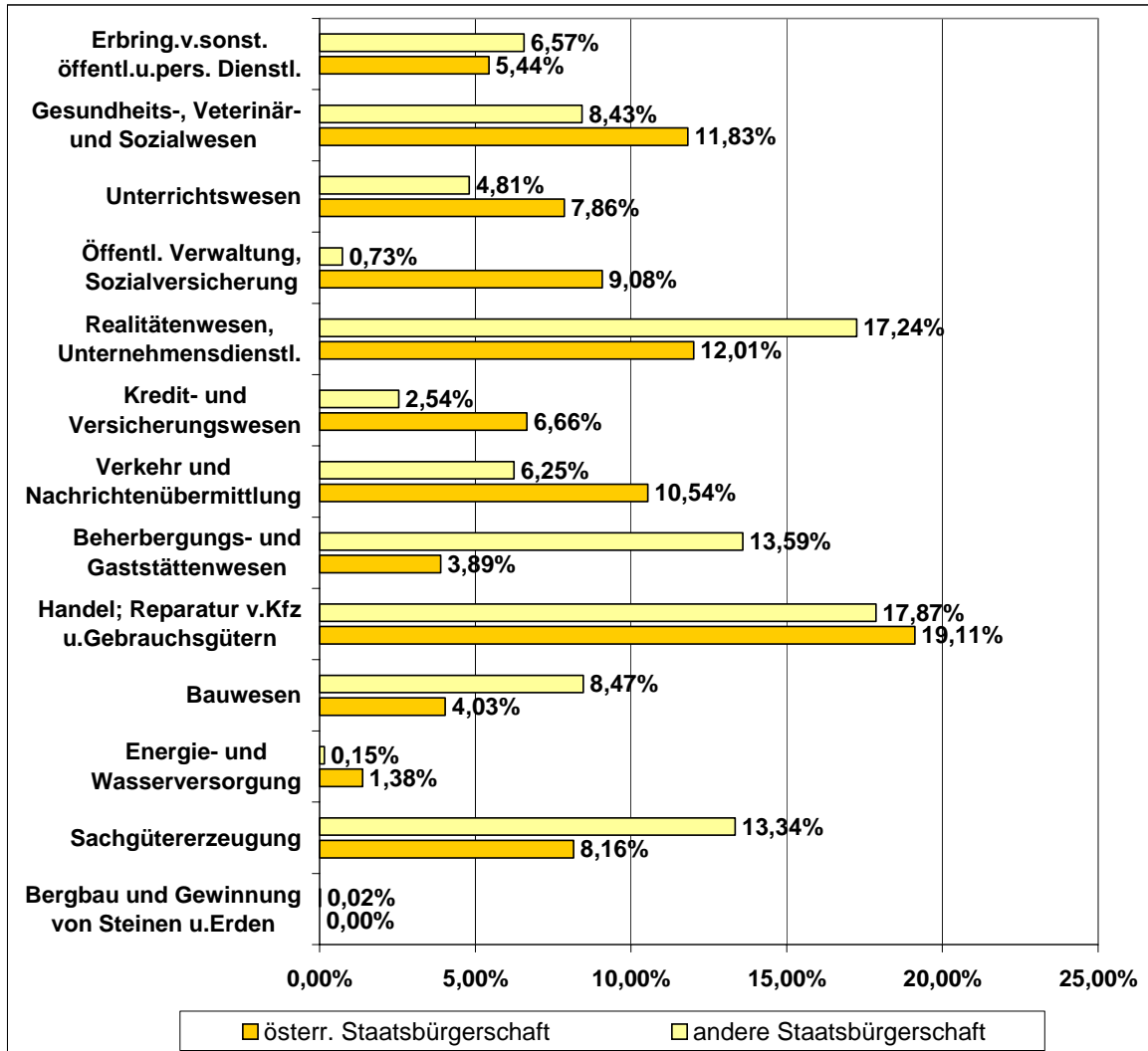


Abb. 12: Beschäftigung von MigrantInnen und InländerInnen im Branchenvergleich (Volkszählungsdaten 2001)

6.2.2. Vorgemerke Arbeitssuchende in der Stadt Salzburg

österr. Staatsb. Alter	Summen 2005		Summen 2004	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
15 bis 19	68	54	54	79
20 bis 24	168	256	171	246
25 bis 29	173	248	164	240
30 bis 34	160	227	181	242
35 bis 39	211	289	199	282
40 bis 44	185	270	186	266
45 bis 49	121	211	131	195
50 bis 54	102	174	120	147
55 bis 59	72	143	74	147
60 bis 64	2	42	4	43
65 und älter	1	3	1	2
Summe	1.263	1.917	1.285	1.889
GESAMT		3.180		3.174

Tab. 8: Vorgemerke inländische Arbeitssuchende in der Stadt Salzburg im Jänner 2005 (AMS)

andere. Staatsb. Alter	Summen 2005		Summen 2004	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
15 bis 19	21	36	20	45
20 bis 24	50	131	49	92
25 bis 29	55	136	63	128
30 bis 34	71	152	48	138
35 bis 39	67	169	51	159
40 bis 44	37	164	34	148
45 bis 49	42	148	33	140
50 bis 54	28	169	31	177
55 bis 59	13	97	7	85
60 bis 64	1	16	2	10
65 und älter	0	2	0	4
Summe	385	1220	338	1126
Gesamtsumme		1605		1464

Tab. 9: Vorgemerke ausländische Arbeitssuchende in der Stadt Salzburg im Jänner 2005 (AMS)

6.2.3. Vormerkdauer der Arbeitssuchenden in der Stadt Salzburg

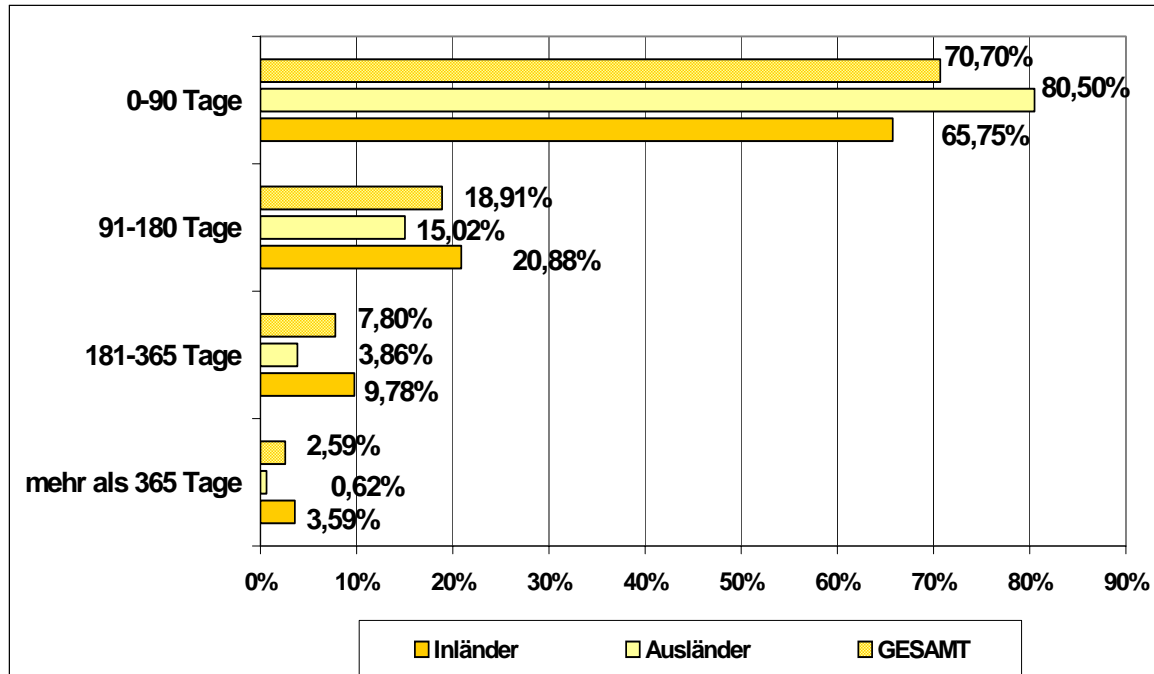


Abb. 13: Vergleich der Vormerkdauer von In- und AusländerInnen im Jänner 2005 (AMS)

Es fällt auf, dass mit Zunahme der Vormerkdauer die Anzahl von AusländerInnen deutlich geringer wird als jene von InländerInnen. So war im Jänner 2005 die Vormerkdauer österreichischer StaatsbürgerInnen (Männer und Frauen):

- bis 90 Tage: 2091 oder 65,75 % der insgesamt vorgemerkten Inländer,
- bis 180 Tage: 664 oder 20,88% der insgesamt vorgemerkten Inländer,
- bis 365 Tage: 311 oder 9,78% der insgesamt vorgemerkten Inländer,
- über 365 Tage: 114 oder 3,59% der insgesamt vorgemerkten Inländer.

Im Vergleich dazu war die Vormerkdauer anderer StaatsbürgerInnen (Männer und Frauen):

- bis 90 Tage: 1291 oder 80,5% der insgesamt vorgemerkten Ausländer,
- bis 180 Tage: 241 oder 15,02% der insgesamt vorgemerkten Ausländer,
- bis 365 Tage: 62 oder 3,86% der insgesamt vorgemerkten Ausländer,
- über 365 Tage: 10 oder 0,62% der insgesamt vorgemerkten Ausländer.

6.3. Schulstatistische Daten

Nachfolgend werden die ersten Rechercheergebnisse zu den schulstatistisch relevanten Daten angeführt, wobei die Zahlen von SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache in die Statistik der Stadtteile von Salzburg integriert sind.

6.3.1. SchülerInnenzahlen an Salzburger Volksschulen nach Muttersprache

Volksschule	Anzahl SchülerInnen	Anteil nicht deutscher Muttersprache 2003/04 in %	Anteil nicht deutscher Muttersprache 2002/03 in %
Abfalter	272	16,91 %	14,06 %
Aigen	204	11,27 %	12,02 %
Alfred-Bäck	293	32,42 %	27,78 %
Gnigl	374	29,68 %	28,07 %
Heinrich Salfenauer	231	50,22 %	52,31 %
Herrnau	201	32,84 %	35,05 %
Itzling	241	31,54 %	32,16 %
Josefiau	142	40,14 %	43,51 %
Lehen I	191	58,64 %	54,87 %
Lehen II	270	58,15 %	52,57 %
Leopoldskron	314	9,24 %	11 %
Liefering I	220	12,73 %	12,95 %
Liefering II	275	38,91 %	31,06 %
Maxglan I	179	39,66 %	41,94 %
Maxglan II	235	40,43 %	35,81 %
Morzg	206	12,14 %	6,32 %
Mülln	276	28,99 %	30,65 %
Nonntal	74	24,32 %	50,85 %
Parsch	240	23,75 %	28,16 %
Pestalozzi	295	71,86 %	66,67 %
Sankt Andrä	221	63,35 %	61,97 %
Evangelische VS	88	6,82 %	0 %
MVS	108	14,81 %	16,35 %
GESAMT	5.150	33,84 %	32,44 %

Tab. 10: Volksschulen: SchülerInnenzahlen und Prozentanteile mit nichtdeutscher Muttersprache im Vergleich der Schuljahre 03/04 und 02/03 (Schulamt der Stadt Salzburg)

Der Anteil von SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache liegt jeweils bei ca. einem Drittel. Auffallend sind bestimmte Schulen wie Heinrich Salfenauer mit einem Anteil von ca. 50% (2003/04) Lehen I und Lehen II mit fast 60% (2003/04) oder Sankt Andrä mit einem Anteil von über 60% (2002/03 und 2003/04) von SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache. Dem stehen Schulen wie Aigen mit ca. 11% (2003/2004), Leopoldskron mit 9,24% (2003/2004) oder gar die evangelische Volksschule mit ca.7% (2003/2004) gegenüber.

War die Steigerung von 2002/03 auf 2003/04 nur geringfügig, so ist sie im Vergleichszeitraum 1993/94 und 2003/04 massiv. In einigen Schulen ist mehr als eine Verdoppelung zu verzeichnen. Siehe dazu die unten stehende Abbildung.

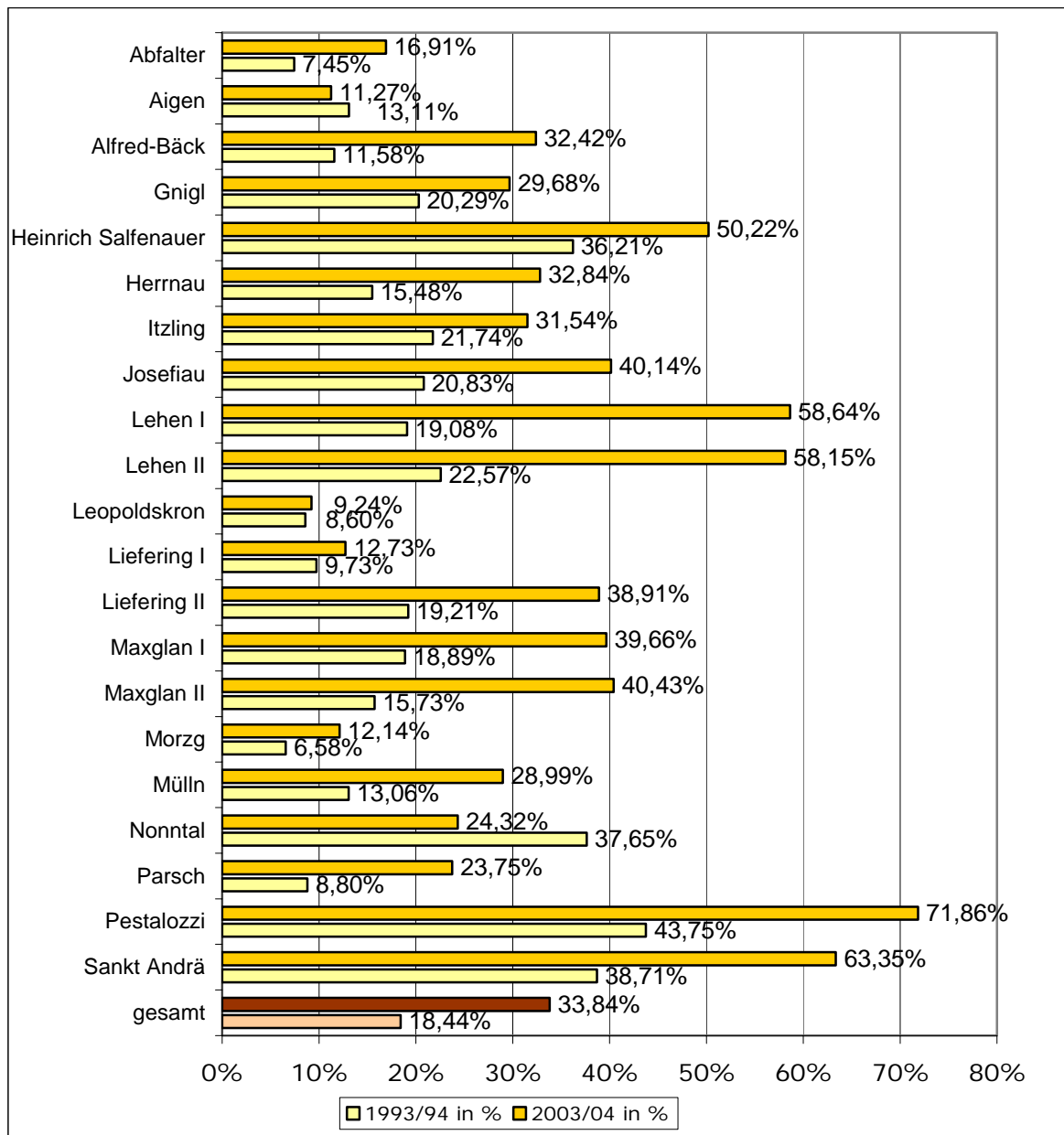


Abb. 14: Volksschulen: Prozentanteile von SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache im Vergleich der Schuljahre 03/04 und 02/03 (Schulamt der Stadt Salzburg)

6.3.2. SchülerInnenzahlen an Salzburger Hauptschulen nach Muttersprache

Hauptschule	Anzahl SchülerInnen	Anteil nicht deutscher Muttersprache 2003/04 in %	Anteil nicht deutscher Muttersprache 2002/03 in %
Haydnstraße	209	45,45 %	42,71 %
Hubert-Sattler-Gasse	245	8,16 %	6,05 %
Lehen	237	34,18 %	27,7 %
Liefering	227	10,57 %	13,06 %
Maxglan I	300	24,33 %	14,81 %
Maxglan II	237	10,13 %	10,64 %
Nonntal	279	22,58 %	34,71 %
Plainstraße	229	31 %	22,18 %
Schlossstraße	295	15,93 %	18,53 %
Taxham	309	24,92 %	10,31 %
Evangelische HS	100	3 %	5 %
GESAMT	2.667	21,67 %	18,71 %

Tab. 11: Hauptschulen: SchülerInnenzahlen und Prozentanteile mit nichtdeutscher Muttersprache im Vergleich der Schuljahre 02/03 und 03/04 (Schulamt der Stadt Salzburg)

Wenngleich es auch bei den Hauptschulen Schwankungen in der Verteilung zwischen den einzelnen Schulen gibt, so fehlen die Ausreißer mit mehr als 50% SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache.

6.4. statistische Daten der städtischen Kindergärten

6.4.1. Übersicht der Städtischen Kindergärten nach Muttersprache

Kindergarten	Kinder	Deutsch		andere Muttersprache	
	Gesamt.	Zahl	%	Zahl	%
Abfalter	74	53	71,6	21	28,4
Aigen	87	67	77,0	20	23,0
Alpensiedlung	43	26	60,5	17	39,5
Alterbach	95	84	88,4	11	11,6
Bachstraße	46	25	54,3	21	45,7
B.-Schwarz-Park	50	20	40,0	30	60,0
Bolaring	49	18	36,7	31	63,3
Froschheim	50	25	50,0	25	50,0
Gebirgsjägerplatz	49	15	30,6	34	69,4
Gnigl	100	60	60,0	40	40,0
Griesgasse	42	14	33,3	28	66,7
Herrnau	40	16	40,0	24	60,0
Itzling 1	66	43	65,2	23	34,8
Itzling 2	69	29	42,0	40	58,0
Josefiau	45	27	60,0	18	40,0
Kendlerstraße	64	28	43,8	36	56,3
Kleingmain	91	82	90,1	9	9,9
Lehen	72	25	34,7	47	65,3
Leopoldskron	100	97	97,0	3	3,0
Liefering 1	48	35	72,9	13	27,1
Liefering 2	67	25	37,3	42	62,7
Maxglan	110	88	80,0	22	20,0
Neutorstraße	48	41	85,4	7	14,6
Parsch	49	43	87,8	6	12,2
Rauchvilla	44	32	72,7	12	27,3
Rositten	57	55	96,5	2	3,5
Schallmoos	86	35	40,7	51	59,3
Scherzhausen	73	21	28,8	52	71,2
Taxham	63	34	54,0	29	46,0
Wagingerstraße	43	24	55,8	19	44,2
Wallnergasse	45	14	31,1	31	68,9
GESAMT	1.965	1.201	61,1	764	38,9

Tab. 12: Städtische Kindergärten: Anzahl von Kindern und Prozentanteile mit nichtdeutscher Muttersprache im (Schulamt der Stadt Salzburg)

Bei den Kindergärten zeigt sich eine ähnliche Situation wie bei den Volksschulen. Es gibt eine große Spannbreite von 3,5% (Rositten) bis 71,2% (Scherzhausen) an Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache.

6.4.2. prozentuelle Verteilung der Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache in Salzburgs Städtischen Kindergärten

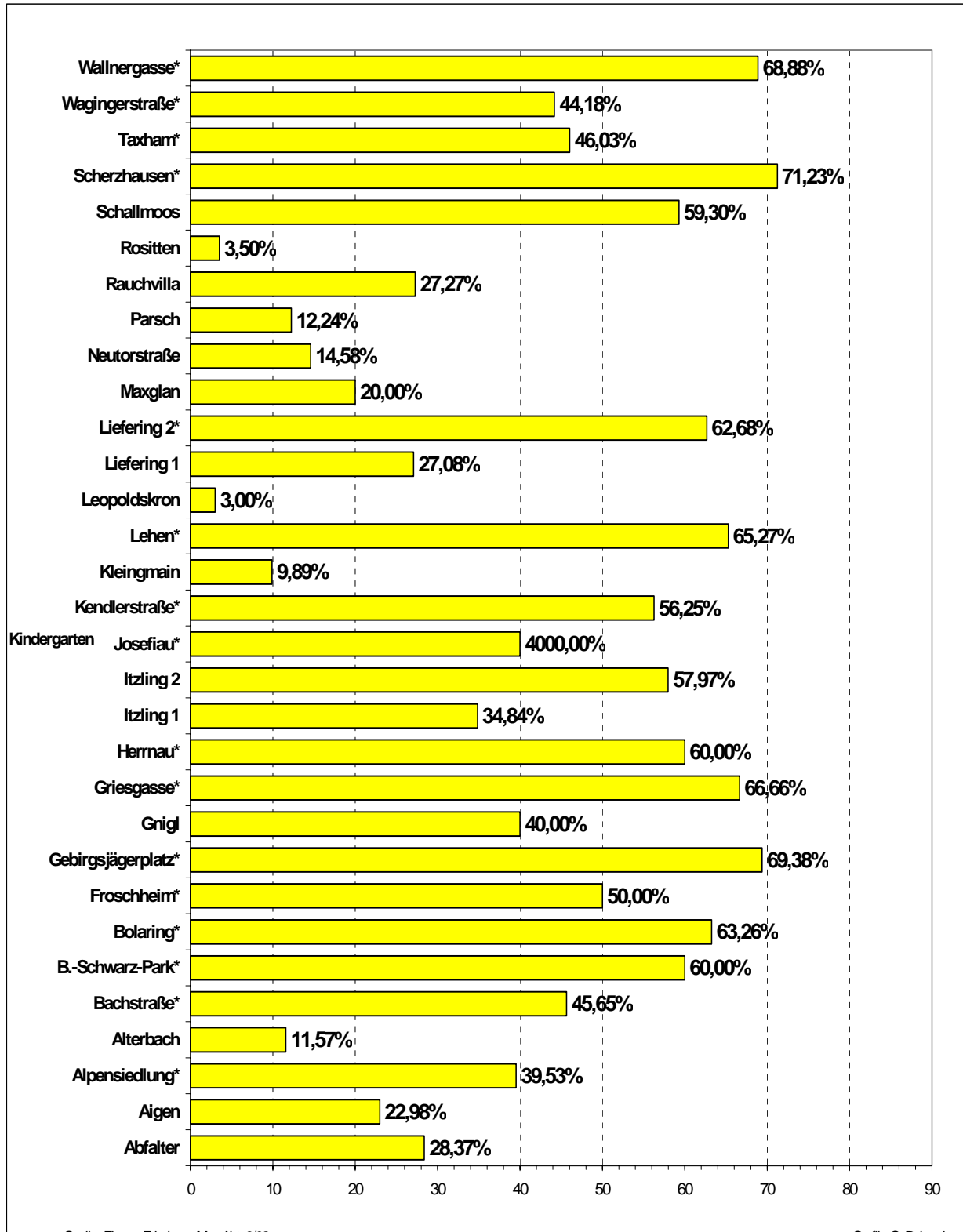


Abb. 15: Städtische Kindergärten: prozentuelle Verteilung der Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache (Stadtjugendamt Salzburg)

7. Handlungsfelder für ein Integrationskonzept

Im Rahmen eines öffentlichen Plenums wurden die folgenden Handlungsfelder für das Salzburger Integrationskonzept identifiziert.

- Arbeit und Wirtschaft
- Partizipation, Politik und Verwaltung
- Bildung, Schule, Erziehung, Kindergarten
- Jugend, Wohnen, Freizeit, Kultur Sport
- Soziale Sicherung, Gesundheit, Pflege, Vorsorge.

Wenngleich – wie in Abschnitt 3 ausgeführt wurde – Integration ist ein umfassender und gesamtgesellschaftlicher Prozess ist, der in alle Lebensbereiche hineinwirkt, so erschien für die Erstellung dieses Konzepts eine Fokussierung auf konkrete Handlungsfelder notwendig.

Wir bringen in der Folge zunächst allgemeine Überlegungen zu den einzelnen Handlungsfeldern, bevor wir in Abschnitt 8 auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppen eingehen, die zu den einzelnen Handlungsfeldern gebildet wurden (vgl. Abschnitt 3). Verwiesen sei in diesem Zusammenhang noch auf die Querschnittsthemen Partizipation, Gender Mainstreaming und die Rolle der Frau sowie die Rolle der Medien, welche in allen Arbeitsgruppen mitgedacht wurden.

7.1. Arbeit und Wirtschaft

Eine Grundlage jeden Bemühens um gesellschaftliche Integration ist die Integration von MigrantInnen in den Arbeitsmarkt. Der Arbeitsmarkt ist ethnisch segmentiert und weist hohe Einstiegshürden für MigrantInnen auf. Die gläserne Decke in Betrieben ist selbst für sehr gut qualifizierte MigrantInnen die Regel. Die geringere Erwerbsbeteiligung von Migranten und insbesondere von Migrantinnen, kombiniert mit deutlich geringerem Durchschnittseinkommen, zieht eine Reihe von Konsequenzen nach sich, wie beispielsweise eine geringere Bildungsbeteiligung und einen steigenden Bedarf an sozialer Sicherung. Interkulturelle Öffnung von Betrieben – als ein Beispiel – kann ein adäquates Mittel sein, um hier Veränderungen zu erreichen.

7.2. Partizipation, Politik und Verwaltung

Ohne Partizipation und Gleichstellung bleibt Integration auf halbem Weg stehen. Eine zentrale Frage in diesem Zusammenhang lautet daher: Wie ist Mitgliedschaft, Gleichberechtigung und Chancengleichheit unter den gegebenen gesellschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen möglich? Welche Strukturen können in der Gemeinde geschaffen werden, um diese zentralen Ziele zu fördern? Letztendlich geht es um die Repräsentation von MigrantInnen in Verwaltung und Politik und um deren Mitbestimmung des integrativen Weges. Verwaltung und Politik muss die Bevölkerung in ihrer Vielfalt repräsentieren, um adäquat auf Probleme und neuen Anforderungen der (nicht homogenen) Mehrheits- und (nicht homogenen) Minderheitsgesellschaft reagieren zu können.

7.3. Bildung, Schule, Erziehung, Kindergarten

Es ist unbestritten, dass im vorschulischen Bereich und den Grundschulen die Basis für die zukünftigen Berufskarrieren von MigrantInnen gelegt wird. Die geringe Bildungsbeteiligung von MigrantInnen ist kein Schicksal und kann durch geeignete Maßnahmen gefördert werden.

Es ist in diesem Zusammenhang zu fragen, wie Sprachkompetenzen gefördert werden können, ob und wie sie auch einzufordern sind. Reichen die Bildungsangebote aus, erreichen sie die Zielgruppe(n)? Werden sie – und wenn ja – aus welchen Gründen abgelehnt? Die zu treffenden und erforderlichen Maßnahmen reichen jedenfalls über die bloße Förderung der Sprachkenntnisse von MigrantInnen hinaus. Insgesamt ist auch auf die Zielgruppenadäquatheit von Bildungsangeboten zu achten.

7.4. Jugend, Wohnen, Freizeit, Kultur Sport

Ein wesentliches Ziel jeder Stadtentwicklungspolitik muss die Vermeidung von Prozessen der Gettoisierung sein bzw. eine Politik, die schon in diese Richtung laufende Prozesse mildert. Die Konzentration von MigrantInnen mit geringer / niedriger Erwerbs- und Bildungsbeteiligung in Stadtteilen und Wohnanlagen setzt sich mit zusätzlichen sozialen Belastungen und potentiellen Segregationsprozessen in Kindergärten, Schulen, Jugend- und Freizeiteinrichtungen fort. Die Vielfalt der Bevölkerung sollte sich im wechselseitigen Austausch und der wechselseitigen Teilhabe an einer positiv erfahrenen ethnischen Vielfalt ausdrücken. MigrantInnen sollte die Teilhabe an Freizeitgestaltung, Kultur und Sport der Mehrheitsgesellschaft erleichtert werden. Insgesamt ist dabei auf ausreichende Maßnahmen für Jugendliche zu achten. Den Erfordernissen übergreifender Begegnung steht aber nicht entgegen, dass Eigenidentität stiftende und fördernde ethnische Gemeinschaften, in denen Kultur, Sport und Freizeit gestaltet werden, durchaus auch gleich berechtigt und anerkannt nebeneinander existieren.

7.5. Soziale Sicherung, Gesundheit, Pflege, Vorsorge

Die geringere Erwerbsbeteiligung bei MigrantInnen und die gravierend niedrigeren Durchschnittsgehälter sind die entscheidenden Indikatoren für einen erhöhten Bedarf und eine erhöhte Nachfrage nach sozialer Sicherheit durch MigrantInnen. Die mit der Migration und den derzeitigen Rahmenstrukturen für Integration verbundenen Folgen führen zu besonderen sozialen Belastungen, zu psychischen und gesundheitlichen Problemen. Die fortschreitende „formale Integration“ von MigrantInnen durch den Erwerb der Staatsbürgerschaft (ein unumkehrbarer Prozess) ist dafür schon jetzt und erst recht in der Zukunft ein Schrittmacher, wie sich beispielsweise sukzessive auch das Problem älterer, pensionierter und pflegebedürftiger Eingebürgerter mit Migrationshintergrund stellen wird.

7.6. Querschnittsthemen

7.6.1. Partizipation

Wenngleich Partizipation als eigenes Handlungsfeld gesehen wird (vgl. Abschnitt 7.2), so ist dieses Thema dennoch auch als Querschnittsmaterie für die übrigen Handlungsfelder zu betrachten, da – wie bereits ausgeführt – Integration ohne Teilhabe an Entscheidungsprozessen nicht realisiert werden kann.

7.6.2. Gender Mainstreaming und die Rolle der Frau

Ein weiteres Querschnittsthema ist Gender Mainstreaming und die besondere Rolle der Frau im Kontext von Integration. Bei Migrantinnen kommen, neben den ohnehin bereits bestehenden sozialen Benachteiligungen von Frauen in beruflichen und gesellschaftlichen Bereichen, noch vielfältige Belastungen durch die Migration hinzu. Rechtliche und soziale Diskriminierung als Minoritätsangehörige, berufliche Benachteiligung infolge mangelnder Berufsausbildung und die geschlechtsspezifische ungleiche Arbeitsteilung in Familie und Beruf führen zu einer Mehrfachbelastung der Migrantinnen mit einer damit verbundenen Erhöhung der Gesundheitsrisiken. Der Zugang von Migrantinnen zum Gesundheitssystem wird nach Volf & Bauböck (2001)² neben Problemen der sprachlichen Verständigung, Informationsdefiziten vor allem auch durch kulturelle Faktoren erschwert. Kulturspezifische Tabus im Umgang mit Sexualität, Geburt und Schwangerschaft können die ärztliche Versorgung nachhaltig beeinflussen. Viele Migrantinnen haben Hemmungen über frauenspezifische Krankheiten zu sprechen und sich gynäkologischen Untersuchungen zu unterziehen. Oft ist es aufgrund des Beiseins von Ehepartnern und Familienmitgliedern bei Beratungen bezüglich Verhütung, Abtreibung oder Schwangerschaft nicht möglich ein vertrauliches und intimes Gespräch mit einer Frau zu führen. Nicht zuletzt sind ausländische Frauen am Arbeitsmarkt doppelt benachteiligt, einerseits als Frauen und andererseits als Migrantinnen.

7.6.3. Die Rolle der Medien

Medien prägen nach Volf & Bauböck (2001) entscheidend die Wahrnehmung ausländischer, ethischer oder religiöser Minderheiten durch die Gesellschaft, aber auch die Selbstwahrnehmung der Minderheiten. Es vergeht kaum ein Tag an dem nicht über das Thema „AusländerInnen“ in der einen oder anderen Form berichtet wird. Im Zentrum steht dabei aber häufig nicht die reale Lebenswelt der MigrantInnen, sondern die Problemstellung zum Beispiel in Zusammenhang mit Kriminalität oder Flüchtlingsströmen. In der österreichischen Medienlandschaft beschränkt sich die Präsenz von MigrantInnen auf die Rolle des passiven Beobachters, Konsumenten oder Objekts der Berichterstattung aufgrund eines Mangels an eigenen Medien und prominenter MigrantInnenprogramme im öffentlich-

² Volf, P. & Bauböck, R. (2001): Wege zur Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann. In Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Abteilung Gesellschaftswissenschaften (Hrsg.), Publikationsreihe zum Forschungsschwerpunkt Fremdenfeindlichkeit (Bd. 4).Klagenfurt: Drava Verlag.

rechtlichen und privaten Sektor. Die gleichberechtigte Teilnahme von Minderheiten am öffentlichen Kommunikationsprozess stellt jedoch eine zentrale Voraussetzung für Integration dar. Dies beinhaltet eine Gleichberechtigung in der Darstellung, die Anerkennung vom MigrantInnen durch Medien als Teil der Gesellschaft sowie die Möglichkeit den öffentlichen Diskurs selbst zu gestalten und aktiv an der Medienlandschaft teilzuhaben.

8. Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Es folgen nun die Ergebnisse der Arbeitsgruppen. Zunächst wird für jedes Handlungsfeld eine Darstellung der Ist-Situation wiedergegeben, wie sie sich aus Sicht der TeilnehmerInnen darstellt. Im Anschluss finden sich jeweils die in den Workshops erarbeiteten Ziele und Maßnahmen. Die Wiedergabe der Ergebnisse erfolgt in Form von paraphrasierenden Zusammenfassungen. Die vollständigen Protokolle sowie sonstigen ExpertInnenbeiträge finden sich im Dokumentationsband zum Integrationskonzept.

8.1. Handlungsfeld Arbeit und Wirtschaft

8.1.1. Ist Situation

Als Stärke und Chance für die Stadt ist die Multikulturalität zu nennen, die durch MigrantInnen gegeben ist.

Als Probleme für MigrantInnen werden zunächst rechtliche Barrieren beim Zugang zum Arbeitsmarkt genannt. Diese werden verschärft durch mitunter fehlende Sprachkompetenzen und / oder mangelhafte Schul- und Berufsbildung. Hinzukommt, dass (Aus-)bildungsabschlüsse, welche im Herkunftsland erworben wurden, aus unterschiedlichen Gründen in Österreich nicht anerkannt werden (können) und eine prinzipielle Benachteiligung am Arbeitsmarkt und im gesellschaftlichen Leben gegeben ist.

Weiters werden genannt

- fehlende interkulturelle Kompetenzen auf Seiten der Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung
- ein teilweise vorhandener latenter Rassismus
- geringere (berufliche) Aufstiegschancen für MigrantInnen
- mangelndes Selbstvertrauen von MigrantIn.

Vor allem Frauen – und hier wiederum Mädchen – sind mit großen Benachteiligungen am Arbeitsmarkt konfrontiert. Teilweise werden Mädchen die Zugänge zu gewissen Berufen – oder zum Arbeitsmarkt überhaupt – verwehrt. Frauen leiden unter traditionellen Rollenklischees und der damit verbundenen Doppelbelastung im Falle einer Berufstätigkeit. Weiters führen religiöse und kulturelle Unterschiede zu Problemen am Arbeitsmarkt. Eine fehlende Lobby sowie fehlende interkulturelle Mediation am Arbeitsplatz verschärfen die Situation. Am stärksten betroffen sind Frauen und visible minorities, z.B. MigrantInnen afrikanischer Herkunft.

8.1.2. Ziele – Maßnahmenvorschläge

Ziel

Die Chancen von MigrantInnen am Arbeitsmarkt werden erhöht und zwar im privatwirtschaftlichen Bereich als auch in der öffentlichen Verwaltung. Barrieren werden abgebaut und Anreize geschaffen.

Es wird hinsichtlich der Zielgruppe (Jugendliche, Frauen, Familiennachzug, etc.) sowie der Ausgangssituation (Einstieg in den Beruf, Umstieg, Aufstieg, etc.) differenziert vorgegangen.

Maßnahmenvorschläge

- **Allgemeine Informationstage, Info-, Anlauf-, Koordinationsstelle für MigrantInnen, mehrsprachiges Handbuch**

Von einer Koordinationsstelle werden themenspezifische Informationstage (nach Bedarf, aber mindestens einmal jährlich) organisiert. Dazu sollen ExpertInnen verschiedener Institutionen eingeladen werden. Ein mehrsprachiges Handbuch zum Leben und Arbeiten in der Stadt Salzburg begleitet die Informationstage. Das Handbuch enthält Adressen von Institutionen und deren Aufgaben sowie Informationen zu Themen wie Versicherung, Rechte und Pflichten. Alle MigrantInnen mit Wohnsitz in der Stadt Salzburg werden damit angesprochen.

Die Zielgruppe könnte über das Integrationshaus, die Sozialhilfestelle, das Amt für öffentliche Ordnung oder allgemein über Ämter (Schulamt, Meldeamt, etc.) erreicht werden. Als beteiligte Akteure werden vorgeschlagen: SGKK, AK, WK, BFI, WIFI, Beratungsstellen, AMS, MigrantInnen mit einer Ausbildung „Deutsch als Fremdsprache“.

- **Preis für das ausländerInnen-/migrantInnenfreundlichste Unternehmen**

Durch einen Förderpreis für das ausländerInnen- / migrantInnenfreundlichsten Unternehmen wird ein Beitrag zur Nachhaltigkeit des Integrationskonzepts hinsichtlich der Integration von MigrantInnen in den Arbeitsmarkt geleistet.

Alle Salzburger Unternehmen werden dazu eingeladen. Die Organisation sollte von der Koordinationsstelle für MigrantInnen durchgeführt werden.

- **Lehr- oder Lernstätten / Schnupperwochen / Praktika für MigrantInnen. Förderung für teilnehmende Betriebe**

Es sollen Unternehmer gefördert werden, die Praktika für MigrantInnen anbieten und den Besuch von Deutschkursen begünstigen.

Die Praktika werden nach Qualifikation der Teilnehmer fachspezifisch vergeben. Vorbild könnte das Modell ATZ (Arbeitstrainingzentrum) sein.

Zielgruppe sind alle arbeitsfähigen MigrantInnen. Insbesondere sollten MigrantInnen und AsylwerberInnen berücksichtigt werden, die über eine fundierte Ausbildung verfügen, deren Abschlüsse in Österreich jedoch nicht anerkannt werden.

Durch berufsbegleitende Qualifizierungskurse, die eine Angleichung an österreichische Standards zum Ziel haben, Hilfestellungen bei der Nostrifizierung von Abschlüssen sowie Praktika in Betrieben wird eine adäquate Eingliederung ins Erwerbsleben von MigrantInnen unterstützt.

Beteiligte Akteure könnten sein: bfi, WIFI, Unternehmen, AMS. Die Finanzierung sollte durch die Stadt Salzburg erfolgen (mit eventueller Beteiligung des Bundes oder des Landes).

- ***Deutschkurse für MigrantInnen, Koordination der Kurse durch eine Koordinationsstelle, Hauptaugenmerk auf Migrantinnen (Frauenspezifische Angebote)***

Durch die Koordinationsstelle soll eine (Deutsch als Fremdsprache-)Plattform oder ein Runder Tisch initiiert werden.

Ziel ist eine Vernetzung der bestehenden Anbieter von Deutschkursen. Die Kurse sollen abwechselnd von diesen Einrichtungen durchgeführt werden. Insbesondere werden auch Kurse für Frauen inklusive Kinderbetreuung angeboten. Die Kurse sind niederschwellig und berühren die Lebenswelt der MigrantInnen. Die ersten Umsetzungsschritte könnten sein:

- Angebote der DAF-Anbieter erheben
 - Standards definieren hinsichtlich:
 - Kurszielen
 - Kursumfang
 - Gruppengröße
 - Einstufungs- bzw. Abschlusstests
 - Lehrwerke definieren.
- ***Steigerung der Sichtbarkeit von MigrantInnen in der Verwaltung***

MigrantInnen werden vermehrt in der Stadtverwaltung beschäftigt. Die sollte vor allem in Bereichen geschehen, die von MigrantInnen häufig beansprucht werden. Als Beispiele sind zu nennen: das Amt für öffentliche Ordnung, Schul- Sozial- und Gewerbeamt. Die Kenntnis der Kultur und Mentalität von MigrantInnen ist hier eine wichtige Voraussetzung, um Konflikte im Sinne der Betroffenen zu regeln.

8.2. Handlungsfeld Partizipation, Politik, Verwaltung

8.2.1. Ist Situation

Als Stärken werden zunächst hervorgehoben:

- die Stadt initiiert einen Diskussionsprozess von sich aus
- die Abteilung 1/01 (Fremdenbehörde) organisiert Qualitätszirkel mit NGO's (inklusive mehrsprachiger Merkblätter)
- die Stadt stellt Möglichkeiten für MigrantInnen zur Verfügung um sich zu artikulieren (z.B. der Arbeitskreis Ex-Jugoslawien, welcher selbständig arbeitet).

Weitere Stärken sind:

- BIK, eine zentrale Stelle für Integration im Bildungsbereich
- Veranstaltungen („Multi-Kulti-Feste“)
- Kontaktpersonen für Bewohnerservicestellen
- Spielangebote für Kinder
- Jugendzentren mit außerschulischer Animation (Bolaring, Lehen Itzling)
- Cafe beim Spielbus.

Es sind auch Tendenzen zur Überwindung von Sprachbarrieren zu erkennen, z.B. durch mehrsprachige Broschüren oder den Einsatz von MigrantInnen in Beratungszentren. NGO's, die von MigrantInnen organisiert werden, sind in letzter Zeit aktiver geworden. Deren Engagement trug auch dazu bei, dass es zur Erstellung eines Integrationskonzepts gekommen ist. Positiv hervorzuheben ist, dass sich Politiker an der Konzepterstellung beteiligten.

Problematisch ist die fehlende direkte Kommunikation zwischen der Stadt Salzburg und den MigrantInnen vor Ort; d.h. es ist kein hinreichendes Wissen (inkl. aufbereitetem Zahlenmaterial) über die Lebensverhältnisse von MigrantInnen seitens der Stadtverwaltung vorhanden. Dies liegt vor allem darin begründet, dass es keine vernetzende Stelle innerhalb der Stadtverwaltung gibt. Aber auch die unterschiedliche Einteilung nach Verwaltungsebenen (KG, Schulbezirke, Wohnbezirk, Zählbezirk) erschwert eine übersichtliche Systematisierung der vorhandenen Fakten.

Weiters ist die interkulturelle Kompetenz nicht hinreichend und es mangelt an interkultureller Mediation bei Konflikten. Auch fehlt ein DolmetscherInnen-Pool für die Verwaltung.

Probleme stellen dar, dass es zu Ballungen von Substandardwohnungen kommt, in welchen MigrantInnen wohnen und dass die Einbeziehung von MigrantInnen in die Bewohnervereine nicht ausreichend ist.

Nicht zuletzt ist festzuhalten, dass zu wenig MigrantInnen innerhalb der Stadtverwaltung beschäftigt sind (Vorbildwirkung der Stadt), diese auf den politischen Listen fehlen und es zu wenig Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Integration gibt. Auch stimmt die Präsentation Salzburgs nach innen und außen nur bedingt mit der Realität überein.

8.2.2. Ziele – Aufgaben / Strukturen / Maßnahmenvorschläge

Ziel

Ziel ist die institutionelle Verankerung der Integrationspolitik in Salzburg in Form einer Stelle. Ohne Partizipation und Gleichstellung bleibt Integration auf halbem Weg stehen. Daher wird diesem Ziel höchste Priorität eingeräumt. Wenngleich sich in weiterer Folge Hinweise zur Realisierung zu Aufgaben finden, so muss die konkrete Gestaltung noch überlegt werden. Insbesondere bedarf eines detaillierten Umsetzungsplanes.

Maßnahmenvorschläge / Aufgaben / Strukturen

Es wird eine vernetzende Stelle geschaffen. Weiters soll es zu einer Quotierung innerhalb der Verwaltung kommen sowie StadtteilarbeiterInnen mit Migrationshintergrund eingesetzt werden.

Es ist zu beachten, dass eine Stelle allein nicht ausreichend ist. Die Angebote müssen an die Bedürfnisse von MigrantInnen angepasst sein und deren Mitgestaltung und Partizipation muss gewährleistet sein. Es darf nicht passieren, dass das Thema Integration bei einer bestimmten Stelle abgeladen wird. Integration muss von der gesamten Verwaltung mitgetragen werden.

- **Zu den Aufgaben im Einzelnen:**

Wichtig ist die die Innenwirkung der Stelle innerhalb der Verwaltung, aber auch die Außenwirkung und die Vernetzungsfunktion. Auch soll die Stelle koordinierend zwischen Abteilungen und Einrichtungen wirken, die sich mit Integration befassen. Eine weitere zentrale Aufgabe der Stelle ist es, einen Beitrag zur interkulturellen Ausrichtung der Stadtverwaltung zu leisten (vergleiche das Modell Stuttgart im Dokumentationsband).

Darüber hinaus soll die Stelle mit der Förderung und dem Aufbau von Strukturen der Partizipation befasst werden und Integrationspolitik strukturell verankern. Damit verbunden ist die Schaffung von Strukturen zur Mediation von interkulturellen Konflikten. Daneben gilt es, die Ist-Analyse zur Integration von MigrantInnen in Salzburg weiterzuführen und im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit tätig zu sein (inklusive der Förderung von Medien, die im Bereich von MigrantInnenvereinen angesiedelt sind).

Wichtig ist die strukturelle Verankerung der Kommunikation zwischen Betroffenen und Politik sowie zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung.

- **Strukturen**

Die Stelle muss unabhängig sein. Es wird ein Beirat oder Arbeitskreis eingerichtet, der verbindliche Beschlüsse für die Bestellung der MitarbeiterInnen, die Arbeit und deren Ausrichtung fällen kann. Dieses soll gemischt besetzt sein (NGO's, politische

VertreterInnen, etc.). Die Stelle muss Budgethoheit haben, es muss eine Innen- und Auswirkung gegeben sein sowie eine politisch legitimierte Kontrolle

Detailfragen sind noch zu klären; es gibt mehrere Optionen der Realisierung. Im Folgenden findet sich ein Vorschlag zu den Umsetzungsschritten.

1. Beschlussfassung
2. Einrichtung des Beirates, Vorstandes, der Plattform
3. Festlegung der Verantwortlichen, der beteiligten Akteure
4. Budgetierung, Finanzplan
5. Definition des / der Dienstposten
6. Ausschreibung, Vergabe des / der Dienstposten

Die Verantwortlichkeit sollte im Bereich des Gemeinderats / der Stadt Salzburg angesiedelt sein – dies allerdings bei Wahrung der Unabhängigkeit der Stelle. Die Grundfinanzierung erfolgt durch die Stadt Salzburg. Bestimmte Projekte könnten durch EU-Mittel und Sponsoring realisiert werden. Die beteiligten Akteure sind: Politik, Verwaltung, NGO's, Vereine, Medien, Einzelpersonlichkeiten, Firmen, etc.

8.3. Handlungsfeld Bildung, Schule, Erziehung, Kindergarten

8.3.1. Ist Situation

Die Analyse der Ist Situation brachte zahlreiche Stärken und Chancen zu Tage. So wird auf das Projekt KIGA Lehen verwiesen. Dort gibt es Unterstützung durch muttersprachliche KindergärtnerInnen. Insgesamt wirft die Integration von Kindern keine großen Probleme auf. Die Kinder fühlen sich geborgen und lernen schnell.

Der Elternverein im KIGA Lehen ist bunt gemischt (im Unterschied zu anderen Kindergärten); es wird Multikulturalität und Toleranz geübt und gelernt. Auch werden Deutschkurse durch die Stadt Salzburg angeboten. Als Probleme werden genannt: fehlende Personalressourcen bei gleichzeitiger Vervielfachung der Aufgaben und Problemstellungen (Förderung nicht österreichischer und österreichischer Kinder, unterschiedliche Erwartungshaltungen der Eltern, unterschiedliche Sprachniveaus, etc.).

Im Bereich Schule gibt es das Recht auf 6 Jahre Förderunterricht für Kinder nichtdeutscher Muttersprache sowie die Möglichkeit als außerordentliche SchülerInnen aufgenommen zu werden (inkl. Schulbesuchsbestätigung – Noten gibt es nur dort wo SchülerInnen beurteilbar sind). So können sich Kinder zwei Jahre auf den Erwerb von Deutschkenntnissen konzentrieren.

Ebenso ist die Möglichkeit von Unterricht in der Muttersprache (bei mindestens 10 Kindern) sowie Deutsch-Förderunterricht für MigrantInnen vorhanden. Dies passt in die lange Tradition der Förderung von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache. Insgesamt fällt die Integration von Kindern leichter als jene von Erwachsenen; Probleme tauchen meist erst in der Pubertät auf.

Problematisch ist mitunter das Ungleichgewicht im Verhältnis österreichische und nicht österreichische Kinder sowie unterschiedliche Religionszugehörigkeiten. So ist der Anteil von MigrantInnenkindern in der Hauptschule hoch, in der AHS hingegen gering. Steigend ist der Anteil von ausländischen Kindern in der Sonderschule. Nicht zuletzt ist darauf zu verweisen, dass nicht alle (migrantischen) Jugendliche den Hauptschulabschluss schaffen.

Bei der Berufswahl gibt es das Problem, dass der Einfluss der Eltern sehr groß ist und für Mädchen nur wenige Berufsfelder zur Verfügung stehen.

8.3.2. Ziele – Maßnahmenvorschläge

Ziel

Die Integration von Kindern in Schule und Kindergarten wird verbessert. Insbesondere werden Maßnahmen im Bereich der Sprachförderung gesetzt, in der besseren Integration von Eltern, in der Erhöhung der Berufschancen, auch für nicht mehr schulpflichtige MigrantInnen sowie in der Intensivierung der Zusammenarbeit von Institutionen.

Maßnahmenvorschläge

- ***Muttersprachliche Betreuung in den Schulen und Kindergärten***

Ab einem MigrantInnenanteil von 30% wird einmal wöchentlich zusätzlich eine muttersprachliche BetreuerIn eingesetzt werden, ab einem Anteil von 50 % soll diese BetreuerIn täglich für die Kinder verfügbar sein. Auch gibt es einen Bedarf an SprachtrainerInnen für Deutsch. Wichtig ist es zudem, dass KindergartenhelferInnen mit migrantischem Hintergrund ausgebildet werden. Für die Umsetzung soll das Magistrat zuständig sein. Eine Teilfinanzierung könnte über das Land Salzburg erfolgen.

- ***Deutschkurse für Eltern und Kinder in Verbindung mit Elternarbeit***

Das Modelllernen nach dem Vorbild des Kindergartens Lehren wird allgemein realisiert. Die Koordinierung erfolgt durch die einzurichtende Integrationsstelle bzw. den / die Integrationsbeauftragten. Wiederum sollte das Land sich mit einer Teilfinanzierung beteiligen.

- ***Zusammenarbeit der Institutionen***

Ein Netzwerk von Institutionen, die für dieses Handlungsfeld relevant sind, wird aufgebaut und die Stadtteilarbeit verstärkt. Zielgruppen sind Religionsgemeinschaften, Vereine, Kindergärten, Schulen, berufsvorbereitende Institutionen, Kirchen, etc.

Als erster Schritt sollte ein Vernetzungstreffen stattfinden mit dem Ziel des Informationsaustausches. Die Koordinierung obliegt der zu errichtenden

Integrationsstelle bzw. dem / der Integrationsbeauftragten. Die Beteiligung erfolgt ehrenamtlich. Für einzelne Projekte muss die Finanzierung überlegt werden.

- ***Unterstützung für nicht mehr Schulpflichtige MigrantInnen***

Für das Projekt Hauptschulabschluss wird es eine individuelle Lernbetreuung realisiert. Zielgruppen sind: nicht Deutschsprechende, nicht mehr schulpflichtige MigrantInnen, Kinder von MigrantInnen, die erst seit kurzem in Österreich sind. Bislang erfolgte die Finanzierung über EU-Mittel und Spenden. Künftig sollte ein Selbstbehalt eingeführt werden und die Restfinanzierung durch die Stadt getragen werden.

- ***Elternabende anbieten***

Die Finanzierung von Elternabenden nur für Migrantinnen (vgl. Modellelternabend Berufsorientierung („Salzburg goes Equal“)) erfolgt durch die Stadt. Zielgruppen sind Eltern und vor allem Mädchen.

- ***Verbesserung der Berufschancen für MigrantInnen***

Handlungsbedarf besteht im Bereich Bewusstseinsbildung / Öffentlichkeitsarbeit, Informationsbereitstellung sowie in der Fortbildung für MultiplikatorInnen, MitarbeiterInnen des Jugendamtes, des Sozialamtes sowie für MagistratsmitarbeiterInnen mit Bürgerkontakt. Die Koordination sollte durch die zu errichtende Integrationsstelle bzw. dem / der Integrationsbeauftragten erfolgen.

8.4. Handlungsfeld Jugend, Wohnen, Freizeit, Kultur, Sport

8.4.1. Ist Situation

Die Vernetzung im Jugendbereich ist gut, es gibt kaum Integrationsbarrieren bei Sportvereinen. Auch Mediation in Siedlungen und Stadtteilen ist vorhanden. Sport kann die Integration fördern.

Problematisch ist das Fehlen eines multikulturellen Zentrums. Ebenso sind Sprachbarrieren und religiöse Unterschiede im Zusammenhang mit bestehenden Institutionen hinderlich.

Es ist zu beobachten, dass Mädchen größere Integrationsbarrieren aufweisen und dass es weniger Angebote für Mädchen gibt. Die Integration nach Stadtteilen ist unterschiedlich ausgeprägt.

Chancen liegen in der Vernetzung von offener und schulischer Jugendarbeit sowie in Angeboten für Mädchen und der Förderung von Integrationsprojekten für die Zielgruppe Jugend. Hier gibt es Ansätze aber noch Handlungsbedarf.

Im Bereich Kultur fehlt die Vernetzung zwischen MigrantInnen und SalzburgerInnen. Es mangelt auch an Strukturen, welche diese fördern. Die migrantische Volkskultur ist zwar

existent, wird aber nicht öffentlich gelebt. Positiv ist, dass vermehrt türkische, serbische oder kroatische Filme gezeigt werden. Insgesamt ist hinderlich, dass Migration meist aus wirtschaftlichen und weniger aus kulturellen Gründen geschieht.

8.4.2. Ziele – Maßnahmenvorschläge

Ziel

Das Zusammenleben von MigrantInnen in Stadtteilen und Siedlungen wird durch unterschiedliche Maßnahmen verbessert, etwa durch Mediation oder verbesserte Information. Der Zugang zu Sport und Kultur für alle wird erleichtert. Und es werden Maßnahmen gesetzt, die jugendlichen MigrantInnen, insbesondere Mädchen, die Integration erleichtern.

Maßnahmenvorschläge

- ***Mediation in Siedlungskonflikten***

Ein(e) mobile(r) MediatorIn ist im Turnussystem in den Siedlungen oder Stadtteilen als Ansprechperson präsent. Bestehende Strukturen sollen dafür genutzt werden (Bürger- und Servicestellen). Nützlich wäre es, in Siedlungen oder Stadtteilen Postkästen für Anliegen anzubringen. Die MediatorIn muss Sprachbarrieren überwinden können und über hinreichend interkulturelle Kompetenz verfügen.

Insgesamt wird die Bewusstseinsbildung in Siedlungen oder Stadtteilen forciert. Bei der Realisierung von Projekten ist die Präsenz der MediatorIn ebenfalls sinnvoll.

- ***Mehrsprachiges Informationsangebot durch die Stadt Salzburg***

Die Erstkontaktstelle arrangiert eine Betreuung durch eine MigrantIn aus dem gleichen Herkunftsland. Erstkontaktstellen sind: Bürgerservice oder Meldeamt. Weiters soll an alle gemeldeten MigrantInnen eine Informationsbroschüre versendet werden. Inhalte könnten sein: Veranstaltungen, Anlaufstellen (Adressen, Tel. usw.), allgemeine Information über die Stadt, Rechte und Pflichten, etc.

Bei der Vergabe von städtischen Wohnungen sollen mehrsprachige Informationen über die Hausordnung verteilt werden.

- ***Integrationskompetenzen unter Jugendlichen und JugendarbeiterInnen (auch LehrerInnen) stärken***

Bestehende Institutionen unterstützen jugendliche MigrantInnen bei der Integration. Dies könnte unter anderem dadurch geschehen, dass deren interkulturelle Kompetenz – aber auch jene von LehrerInnen und JugendarbeiterInnen – gestärkt wird. Dafür sollten Kurse angeboten werden. Diese könnten von ausgebildeten Stadtteil- und SiedlungsmediatorInnen abgehalten werden.

- **Zugang zu Bildung, Kultur, Sport erleichtern**

Die Einkommensgrenzen für verbilligten (Musik-)Unterricht sollten hinaufgesetzt werden, so dass dieser länger in Anspruch genommen werden kann. Vereine könnten zu integrationsfördernden Projekten motiviert werden, etwa durch finanzielle Unterstützung. Ein Teil der Kosten sollten von der Stadt übernommen werden

- **Beratung(sstelle) für moslemische Mädchen**

Es wird eine Beratungsstelle für Mädchen bzw. ihre Eltern errichtet. Zumindest sollte von Seiten der Stadt ein entsprechender Beratungswille gezeigt werden, etwa im Rahmen der Integrationsstelle.

- **Öffnung vorhandener (Schul-)Sportanlagen / Schaffung neuer Plätze für Trendsportanlage nach Stadtteilen**

Die vorhandenen Schulsportflächen werden nach Maßgabe der Möglichkeiten für die freie Nutzung geöffnet. Es könnten in einzelnen Stadtteilen aber auch Sportanlagen errichtet werden (nach Wiener Vorbild – Stichwort „Sportkäfige“). Dies gilt insbesondere für Trendsportarten wie Skateboard. Von den Maßnahmen sollten alle Jugendlichen in der Stadt Salzburg profitieren.

- **Multikultureller / es Raum / Zentrum**

Die Eröffnung eines Zentrums als Begegnungs- und Kommunikationsort könnte die Verbindung von Kulturen aus verschiedenen Ländern gewährleisten. Das Zentrum sollte von kompetenter Seite geführt werden und den Schwerpunkt auf migrantische Kunst und Kultur legen. Zielgruppen sind Kunstschaffende sowie Kultur- und Kunstkonsumenten.

8.5. Handlungsfeld soziale Sicherung, Gesundheit, Pflege, Vorsorge

8.5.1. Ist Situation

Als Stärke ist zu nennen, dass die Stadt Salzburg die Erstellung eines Integrationskonzeptes von sich aus initiiert hat. Förderlich für die Integration von MigrantInnen in Salzburg ist, dass eine latente Empathie gegenüber MigrantInnen vorhanden ist; so wird im Notfall jeder Patient gleich behandelt.

Chancen liegen in dem Umstand, dass genügend Datenmaterial über MigrantInnen vorhanden ist, welches allerdings aufbereitet werden müsste. Ebenso könnten Informationen über das Gesundheitssystem aufbereitet werden.

Die Infrastruktur zur Vermittlung von interkulturellen Kompetenzen wäre an der Sozialakademie vorhanden, ebenso das Wissen über europäische Standards hinsichtlich der Schulung von DolmetscherInnen im Bereich interkulturelle Kompetenzen.

Rechtliche Benachteiligungen von MigrantInnen im Gesundheitsbereich sind meist nicht gegeben – vielfach fehlt es an Wissen und Aufklärung über die Gleichberechtigung.

Fördernd ist der Umstand, dass das Geld zur Finanzierung von Integrationsmaßnahmen vorhanden ist. Nicht zuletzt ist darauf zu verweisen, dass es in Salzburg Menschen gibt, die sich mit dem Thema Integration befassen und dass MigrantInnen vielfach über entsprechendes Fachwissen verfügen.

Als Schwäche ist zunächst ein Mangel an Sprachkompetenz bei ÄrztInnen zu nennen. Mangelhafte Dolmetschkenntnisse sind auch in der Familienberatungsstelle festzustellen.

Allgemein fehlen im Sozial- und Gesundheitssystem Dolmetscher, bzw. werden diese nicht auf die besonderen Aufgabenstellungen eingeschult (so werden von MigrantInnen Informationen bezüglich Krankheiten nur ungenügend verstanden). Auch sind schriftliche Materialien häufig nicht dort vorhanden, wo sie gebraucht werden (medizinische Unterlagen, OP-Aufklärungsbögen, allgemeine Gesundheitsinformationen); zudem gibt es keine Piktogramm-Darstellungen. Insgesamt sind die Materialien oft unübersichtlich und Pensionisten mit Migrationshintergrund schlecht informiert über ihre Rechte

Hervorzuheben ist, dass es vielfach an interkultureller Kompetenz und transkultureller Pflege fehlt, dass es zu wenig Betreuung / Beratung im Bereich Mutter / Kind, zu wenig psychotherapeutische Versorgung (Sprache, Kosten, Therapeuten) und zu wenig psychosoziale Versorgung (Sprache, MitarbeiterInnen, Info-Defizit) gibt.

Auch die mangelhafte seelsorgerische Versorgung (interkulturelle Mediation, Trauerbegleitung, Hospiz, Gebetsmöglichkeit) ist mangelhaft. Mitunter ist auch der Umgang von ÄrztInnen (und Polizei) mit familiärer Gewalt problematisch (es wird von ÄrztInnen bei Verletzungen nicht hinreichend nachgefragt, was denn wirklich die Ursache einer Verletzung sei).

Im Problemkreis Sexualität / Aufklärung fehlen FamilienberaterInnen mit der notwendigen Kompetenz; dies gilt auch für Menschen mit Behinderung.

Ein Problem stellt auch dar, dass das vorhandene Datenmaterial mangelhaft ist, trotz der Überschaubarkeit in Salzburg (z.B. Zahlen über Frauen des Landes Salzburg enthalten keine Hinweise auf Migrantinnen).

8.5.2. Ziele – Maßnahmenvorschläge

Die Situation von MigrantInnen im Bereich sozialer Sicherung, Gesundheit, Pflege und Vorsorge wird verbessert. Insbesondere werden Frauen, Mädchen und PensionistInnen angesprochen. Die Maßnahmenpalette umfasst Beratungs- und Schulungsangebote, Öffentlichkeitsarbeit sowie die Bereitschaft, MigrantInnen im Sozial, Pflege- und Gesundheitsdienst als Fachkräfte aufzunehmen. Nicht zuletzt wird vermehrt Informations- und Aufklärungsarbeit geleistet.

Maßnahmenvorschläge

- ***Installierung eines MigrantInnenzentrums zur Absicherung der Nachhaltigkeit des Integrationskonzepts***

Das MigrantInnenzentrum stellt eine Brücke zur Gesellschaft und Politik dar und dient als Koordinations- und beschwerdestelle. Wichtig ist, dass dieses Zentrum politisch und religiös neutral ist. Die Koordination sollte von kompetenten Fachleuten mit Migrationshintergrund erfolgen; vor allem sollte auf einen ausreichenden Anteil an Frauen, auch in Leitungsfunktionen geachtet werden.

Der Ort soll leicht zugänglich, zentral gelegen und niederschwellig sowie die Angebote kostenlos sein. Die Infrastruktur muss die Möglichkeit von Einzelberatungen erlauben; allerdings sind auch Gruppenräume wichtig, z.B. für Schulungen.

Das Beratungsangebot muss umfassend und auch in der jeweiligen Muttersprache verfügbar sein. Die Zielgruppe kann über Medien, Zeitungen in den Herkunftssprachen, SGKK, AK, PVA, ÖGB, AMS, Versicherungen, Bürgerbüros, Betriebsräte, Vebbas, Internet, etc. angesprochen werden.

- ***Integration von Gesundheitsberatung für MigrantInnen in bestehende Beratungsangebote***

Es wird umfassende Gesundheitsberatung, inklusive psychiatrischer, psychotherapeutischer und psychosozialer Hilfestellung angeboten. Zielgruppe sind alle MigrantInnen, jedoch sollten vor allem PensionistInnen, Frauen und Kinder angesprochen werden.

Wichtige Themen sind: Förderung von Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsbewusstsein, Suchtprävention, Verhütung, gesundes Wohnen / Ernähren. Angebote sollte es auch im Bereich von Hospizdiensten geben. Wichtig sind mobile Pflegedienste sowie Mobbingberatung für MigrantInnen.

Schriftliche muttersprachliche Broschüren über die Beratungs- und Hilfsdienste werden herausgegeben. Im Krankenhausbereich könnte das EU-Projekt Migrant Friendly Hospital (siehe auch: www.mfh-eu.net) als Vorbild dienen.

Über Öffentlichkeitsarbeit durch die Stadt Salzburg, durch die Unterstützung von NGO's und MigrantInnenvereinen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit, über Medien, SGKK, AK, PVA, ÖGB, AMS, Versicherungen, Bürgerbüros, Betriebsräte, Vebbas, Internet, etc. kann die Zielgruppe erreicht werden.

Als Umsetzungsschritte werden vorgeschlagen:

- Erheben und Kontaktieren bestehender Angebote und Einrichtungen durch die Stadt Salzburg
- Förderung der Kooperation vorhandener Einrichtungen

- Sicherstellen von Ressourcen durch die Stadt Salzburg.

Für die Realisierung verantwortlich ist die Stadt Salzburg mit Beteiligung des Landes.

- **Schulungsangebote für interkulturelle Kompetenz**

Es müssen Schulungsangebote für die Vermittlung interkultureller Kompetenz geschaffen werden; diese sind sowohl für MigrantInnen als auch für ÖsterreicherInnen zu konzipieren (Beamte und MitarbeiterInnen in Behörden, die mit sozialen und gesundheitlichen Angelegenheiten zu tun haben, Ärzte, Pflegepersonal, LehrerInnen, etc.).

Wichtig ist auch die Förderung von Selbsthilfegruppen durch Ausbildung von MigrantInnen, z.B. in der Klinikseelsorge und der mobilen Seelsorge.

Abgerundet werden könnten die Angebote durch Pflegefortbildungen sowie Weiterbildungsmöglichkeiten, vor allem für Frauen (Deutsch, berufliche und persönliche Weiterbildung).

Auch für diese Maßnahme wird die Zielgruppe durch Öffentlichkeitsarbeit seitens der Stadt Salzburg und durch die Beteiligung von Medien, Zeitungen in den Herkunftssprachen, SGKK, AK, PVA, ÖGB, AMS, Versicherungen, Bürgerbüros, Betriebsräte, Verbände, etc. erreicht.

Für die Umsetzung sollte man auf bestehende ExpertInnen und Expertisen (z.B. Uni Salzburg, Uni Wien) zurückgreifen und MigrantInnen sowie ÖsterreicherInnen als inhaltliche und pädagogisch, didaktische ExpertInnen beteiligen.

- **MigrantInnen im Sozial- und Gesundheitsbereich als Fachkräfte**

Die Stadt Salzburg stellt MigrantInnen im Sozial- und Gesundheitsbereich als Fachkräfte ein, sofern diese über eine entsprechende Ausbildung verfügen. Wichtig ist es, diese Bereitschaft auch deutlich zu signalisieren. Die Stadt als Arbeitgeberin kann hier wichtige Vorbildfunktion und damit Bewusstseinsarbeit leisten. In diesem Zusammenhang sollte sie auch Ausbildung und Umschulung fördern. Dazu sollte es zu einer Anpassung von Ausbildungsstätten kommen. Es werden Ausbildungsstätten, MigrantInnenvereine und NGO's eingebunden.

- **Positive Öffentlichkeitsarbeit**

Wichtig ist eine positive Öffentlichkeitsarbeit in Form von Medienkampagnen, einem Fest der Kulturen, wie es in Berlin von der Stadtverwaltung organisiert wird, muttersprachlichen Websites und der Unterstützung von MigrantInnenvereinen und NGO's in ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Unterschiedlichkeit soll als positiv dargestellt werden.

Alle BewohnerInnen und Stadtteile der Stadt Salzburg sollen angesprochen werden. Wichtig ist es, Vereine, NGO's, Medien (auch jene von MigrantInnen),

JournalistInnen, religiöse Vertretungen, diplomatische Vertretungen sowie Sozialpartner in die Realisierung mit einzubeziehen.

9. Inhalt des Dokumentationsbandes

Alle Materialien des Dokumentationsbandes sind integraler Bestandteil des Salzburger Integrationskonzepts. Im Einzelnen sind dies:

1 Basisinformationen für die Arbeitsgruppen

2 Thesen zur Integration

3 Protokolle Plena

3.1 *Auftaktplenum*

3.2 *Feedbackplenum*

4 Protokolle Sitzungen ArbeitsgruppenleiterInnen, Kerngruppe

4.1 *Starttreffen Kerngruppe*

4.2 *Vorbereitungstreffen Arbeitskreise*

4.3 *Prozessverlauf nach den Workshops*

4.4 *Feedbackworkshop*

5 Protokolle Workshops der Arbeitsgruppen

5.1 *Arbeit und Wirtschaft*

5.2 *Partizipation, Politik und Verwaltung*

5.3 *Erziehung, Kindergarten, Bildung, Schule*

5.4 *Jugend, Wohnen, Freizeit, Kultur, Sport*

5.5 *Soziale Sicherung, Gesundheit, Pflege, Vorsorge*

6 Beiträge AG-TeilnehmerInnen

7 Sonstige Unterlagen

8 Präsentationen

8.1 *Auftaktplenum*

8.2 *Feedbackplenum*

9 Sekundärrecherche